

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

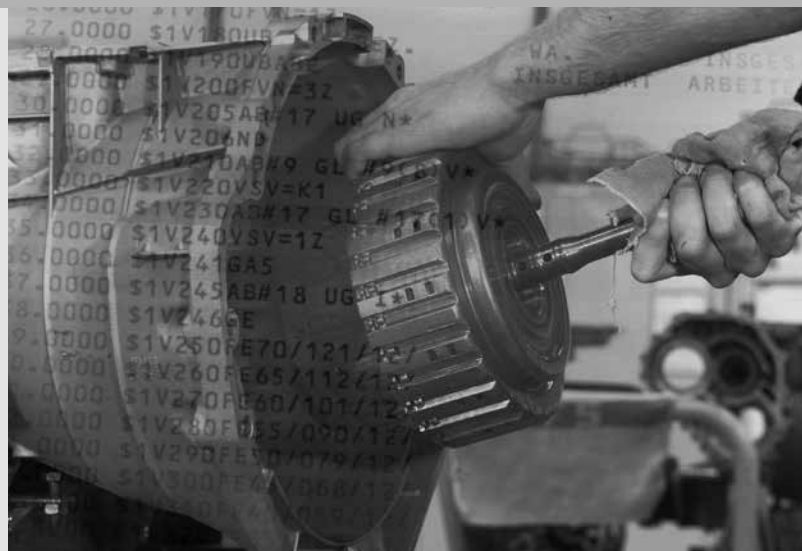


Zusammenhänge, Bedeutung und Ergebnisse

Ausgabe 2015

– Ergebnisse der Revision 2014 –

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder



Zusammenhänge, Bedeutung und Ergebnisse

Ausgabe 2015

– Ergebnisse der Revision 2014 –



STATISTISCHE ÄMTER
DER LÄNDER

Herausgeber:

Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ im Auftrag der Statistischen Ämter der 16 Bundesländer, des Statistischen Bundesamtes und des Bürgeramtes, Statistik und Wahlen, Frankfurt a. M.

Herstellung und Redaktion:

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Böblinger Straße 68

70199 Stuttgart

Telefon: 0711/641-0

Fax: 0711/641-2440

E-Mail: poststelle@stala.bwl.de

Internet: www.statistik-bw.de

Erscheinungsfolge: jährlich

Erschienen im Dezember 2015

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August bzw. November 2014/Februar 2015

Preis: Kostenfrei unter www.statistikportal.de und www.vgrdl.de
als Druckexemplar 6 EUR (Schutzgebühr)

Weitere fachliche Informationen zu den VGR der Länder erhalten Sie
auf der Homepage des Arbeitskreises unter www.vgrdl.de.

ISSN 1868-8101

Fotorechte (Cover):

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2015
(im Auftrag der Herausbergemeinschaft)

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangaben gestattet.

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) stellen das umfassendste statistische Instrumentarium der Wirtschaftsbeobachtung dar. Um zentrale wirtschaftliche Indikatoren auch für die Länder sowie die kreisfreien Städte und Landkreise zu berechnen, wurde 1954 der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL) gegründet. Diesem Arbeitskreis gehören die Statistischen Ämter der 16 Bundesländer sowie das Statistische Bundesamt und das Bürgeramt, Statistik und Wahlen der Stadt Frankfurt am Main als Vertreter des Deutschen Städtetags an. Vorsitz und Federführung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ obliegen dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

Die Ergebnisse der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen liefern für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft unverzichtbare Informationen über das Wirtschaftswachstum, die Einkommenssituation, den Konsum und die Investitionstätigkeit auf regionaler Ebene, sowohl im nationalen als auch europäischen Kontext.

Die vorliegende, gemeinschaftlich erstellte Broschüre soll ein Einstieg in die Länderrechnung sein und die komplexen Zusammenhänge der Volkswirtschaft in anschaulicher und leicht verständlicher Weise darstellen. Im Mittelpunkt stehen neben der Darstellung der organisatorischen und methodischen Besonderheiten der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nähere Erläuterungen zu Bedeutung und Aussagegehalt der zentralen Indikatoren wie Bruttoinlandsprodukt, Verfügbares Einkommen und Konsum der privaten Haushalte sowie Bruttoanlageinvestitionen. Die grafischen Darstellungen aktueller Ergebnisse ermöglichen im regionalen Vergleich der Entwicklungen und Strukturen eine Positionsbestimmung der einzelnen Bundesländer. Tiefer gegliedertes Datenmaterial auf Länder- und Kreisebene bietet der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ in Form von gezippten Excel-Dateien unter www.vgrdl.de im kostenlosen Download an.

Ich würde mich freuen, wenn die vorliegende Broschüre zur Diskussion gesamtwirtschaftlicher Fragestellungen in ihrer regionalen Tragweite anregt und das Interesse an differenzierterem Datenmaterial weckt. Rückfragen können jederzeit an das Statistische Landesamt Baden-Württemberg sowie an jedes andere im Anschriftenverzeichnis aufgeführte Mitglied des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ gerichtet werden. Für Anregungen, Hinweise und Verbesserungsvorschläge ist der Arbeitskreis dankbar.

Stuttgart, im Dezember 2015

Dr. Carmina Brenner
Präsidentin des Statistischen Landesamtes
Baden-Württemberg
Vorsitzende des Arbeitskreises
„Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Vorwort	3
Zeichenerklärung	5
Heftmitte: Verwaltungskarte Deutschland 2015	
Information zur Revision 2014 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder	6
Aufgabenverteilung im Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ – Nov. 2015 – ...	7
Rückblick	8
Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“	10
Die regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Deutschland	11
Schematische Darstellung der Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	13
Die Bedeutung der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft	14
Bruttoinlandsprodukt 2014 für Deutschland in Mrd. EUR (in jeweiligen Preisen)	17
Bruttoinlandsprodukt	18
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen (Arbeitsproduktivität) 2014 gegenüber 2000 nach Bundesländern (Karte)	19
Bruttowertschöpfung	20
Bruttowertschöpfung 2014 nach Bundesländern (Karte)	21
Arbeitnehmerentgelt	22
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Lohnkosten) 2014 gegenüber 2000 nach Bundesländern (Karte) ...	23
Bruttoanlageinvestitionen	24
Bruttoanlageinvestitionen zum Bruttoinlandsprodukt (Investitionsquote) 2012 nach Bundesländern (Karte) ..	25
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	26
Verfügbares Einkommen je Einwohner 2013 gegenüber 2000 nach Bundesländern (Karte)	27
Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte	28
Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte 2013 nach Bundesländern (Karte)	29
Veröffentlichungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ 2015	30
Anschriftenverzeichnis der Mitglieder des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“	33
Wirtschaftszweiggliederung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach WZ 2008	35

Tabellenanhang	37
1. Wirtschaftswachstum seit 1991 nach Bundesländern	38
2. Bruttoinlandsprodukt – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern	40
3. Arbeitsproduktivität seit 1991 nach Bundesländern	42
4. Arbeitnehmerentgelt (Inland) seit 1991 nach Bundesländern	44
5. Lohnkosten seit 1991 nach Bundesländern	46
6. Investitionsquote seit 1991 nach Bundesländern	48
7. Kapitalstock seit 1991 nach Bundesländern	50
8. Bruttoanlageinvestitionen – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern	52
9. Verfügbares Einkommen seit 1991 nach Bundesländern	54
10. Verfügbares Einkommen je Einwohner seit 1991 nach Bundesländern	56
11. Private Konsumausgaben – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern	58
12. Private Konsumausgaben – in jeweiligen Preisen – je Einwohner seit 1991 nach Bundesländern	60
13. Sparen der privaten Haushalte seit 1991 nach Bundesländern	62
14. Sparquote der privaten Haushalte seit 1991 nach Bundesländern	64

Zeichenerklärung

– = nichts vorhanden (genau Null) bzw. keine Veränderung eingetreten

0 = Zahl ungleich Null, jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle

. = Zahl unbekannt oder geheim zu halten

... = Angabe fällt später an

X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen.

Information zur Revision 2014 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) basieren auf international vereinbarten Regeln und Konzepten. Diese werden in bestimmten Abständen angepasst, um neue ökonomische Sachverhalte adäquat und vergleichbar abbilden zu können. Generell werden so die Ergebnisse der VGR in etwa fünfjährigen Abständen revidiert, wie zuletzt 1999, 2005 und 2011 u.a. zur Einführung der neuen Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008, kurz WZ 2008.

Die VGR-Generalrevision 2014 diente in erster Linie der europaweiten Einführung des neuen Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010). Das ESGV 2010 basiert seinerseits auf dem weltweit gültigen neuen System of National Accounts (SNA 2008) und löste das bisherige ESGV 1995 ab. Rechtsverbindlich verankert ist das ESGV 2010 in der Verordnung (EU) Nr. 549/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 (ABl. EU Nr. L 174).

Wie bei allen großen Revisionen in den VGR üblich, wurden darüber hinaus sämtliche bisherigen Berechnungen und

Ergebnisse überprüft sowie neue Erkenntnisse, methodische Verbesserungen und, soweit möglich, neue Datenquellen in das Rechenwerk integriert.

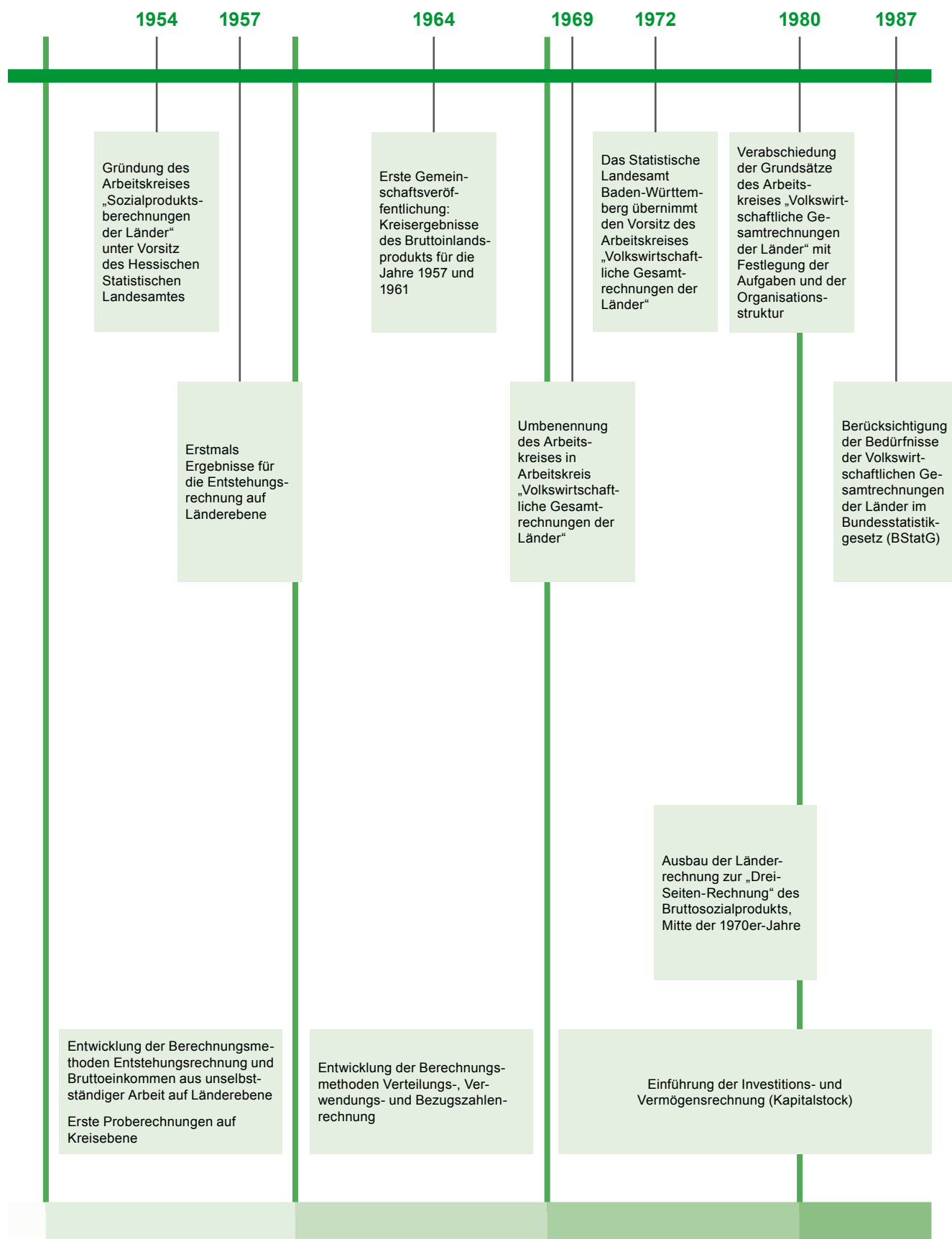
Das ESGV 2010 bringt eine Vielzahl von methodischen Änderungen mit sich. Darunter quantitativ am bedeutendsten sind die geänderte Behandlung von Forschung und Entwicklung (FuE) sowie von militärischen Waffensystemen als Investitionen. Bei den datenbedingten Änderungen sind insbesondere die Ergebnisse der im Rahmen des Zensus 2011 durchgeführten Gebäude- und Wohnungszählung zu nennen, die für die Berechnung der Wertschöpfung aus Wohnungsvermietung genutzt werden.

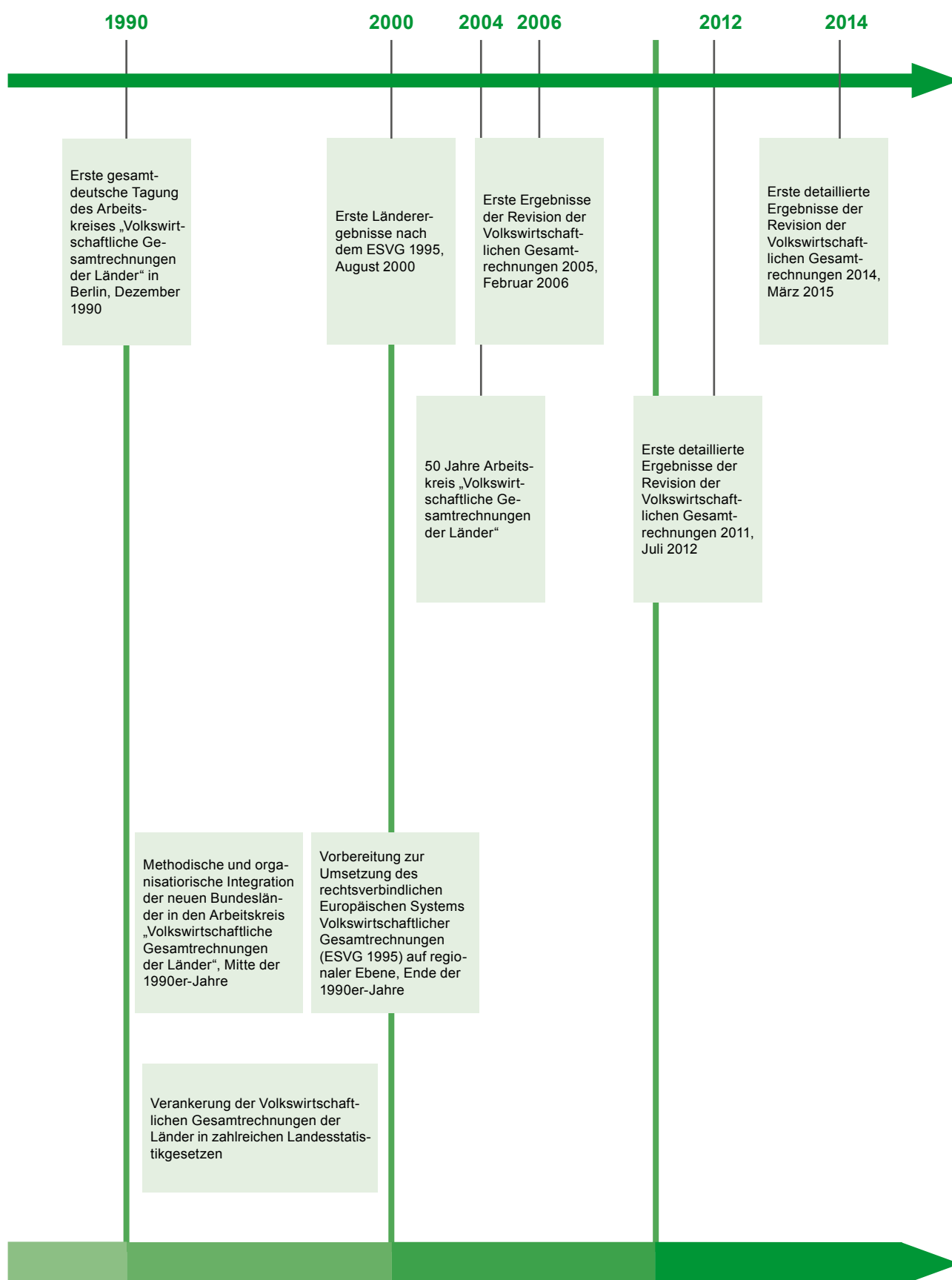
Weitere Informationen unter www.vgrdl.de.

Aufgabenverteilung im Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ – November 2015 –

Land	Ansprechpartner	Koordinierungsaufgaben	WZ 2008
Baden-Württemberg	Dr. Frank Thalheimer Nicole Gurka Alexandra Kölle	Federführung Regionale Landwirtschaftliche Gesamtrechnung (R-LGR) Maschinelle Aufbereitung sämtlicher VGR-Daten Kapitalstock, Anlagevermögen, Abschreibungen Methodendokumentation Gemeinschaftsveröffentlichungen	01 A – T
Bayern	Dr. Tilman von Roncador	Fortschreibungen Bruttowertschöpfung (BWS), Bruttoinlandsprodukt Sekundäre Einkommensverteilung	A – T
Berlin und Brandenburg	Julia Höninger	Arbeitnehmerentgelt (ANE, Inland) BWS Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt Restposten	A – T (ohne O) T
Bremen	Dr. Andreas Cors	BWS Verkehr und Lagerei BWS Information und Kommunikation	H J
Hamburg	Hergen Bruns	BWS Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	G
Hessen	Sanyel Arikan	Subventionen BWS Finanz- und Versicherungsdienstleister	A – T K
Mecklenburg-Vorpommern	Dr. Margit Herrmann	Primäre Einkommensverteilung	
Niedersachsen	Heiko Irps	BWS Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (Hauptquelle R-LGR)	A
Nordrhein-Westfalen	Sören Görner	Bruttoanlageinvestitionen BWS Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden BWS Verarbeitendes Gewerbe BWS Energieversorgung BWS Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	A – T B C D E
Rheinland-Pfalz	Werner Kertels	BWS Baugewerbe BWS Grundstücks- und Wohnungswesen	F L
Saarland	Karl Schneider	Produktions- und Importabgaben	A – T
Sachsen	Dr. Wolf-Dietmar Speich	BWS Gastgewerbe BWS Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister BWS Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen BWS Erziehung und Unterricht BWS Gesundheits- und Sozialwesen	I M N P Q
Sachsen-Anhalt	Wilfried Buggisch	Konsumausgaben der privaten Haushalte	
Schleswig-Holstein	Dr. Hendrik Tietje	BWS, ANE Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung Konsumausgaben des Staates	O
Thüringen	Jürgen Heß	BWS Kunst, Unterhaltung und Erholung BWS Sonstige Dienstleister anderweitig nicht genannt Bezugszahlen: Bevölkerung	R S

Rückblick





Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Stimmberechtigte Mitglieder: Die Statistischen Ämter der Länder



Baden-Württemberg



Bayern



Berlin

und



Brandenburg



Bremen



Hamburg

und



Schleswig-Holstein



Hessen



Mecklenburg-Vorpommern



Niedersachsen



Nordrhein-Westfalen



Rheinland-Pfalz



Saarland



Sachsen



Sachsen-Anhalt



Thüringen

Weitere Mitglieder:



Statistisches Bundesamt



vertreten durch: Stadt Frankfurt am Main
Bürgeramt, Statistik und Wahlen



Europäische Kommission
Eurostat

Statistisches Amt der Europäischen Union

Die regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Deutschland

Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Die regionalen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) für die Länder und Kreise der Bundesrepublik Deutschland werden vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ erstellt. In diesem Arbeitskreis sind alle Statistischen Ämter der Bundesländer stimmberechtigte Mitglieder. In beratender Funktion sind das Statistische Bundesamt (DESTATIS) und das Bürgeramt, Statistik und Wahlen der Stadt Frankfurt am Main als Vertretung des Deutschen Städtetages ständige Mitglieder sowie als Gast das Statistische Amt der Europäischen Union (EUROSTAT). Das federführende Statistische Landesamt Baden-Württemberg vertritt den Arbeitskreis nach außen.

Aufgaben und Ziele

Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ hat die Aufgabe, die Aggregate der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach den konzeptionellen Grundlagen, Methoden und Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010 (ESVG 2010) zu berechnen, zu veröffentlichen und vordringlich die fristgerechte Lieferverpflichtung von Regionalergebnissen an EUROSTAT zu erfüllen.

Die Durchführung der regionalen VGR nach den Grundsätzen und konzeptionellen Grundlagen des ESGV sichert die Vergleichbarkeit der Ergebnisse auf allen Ebenen, der regionalen, nationalen und internationalen. Die Regionalergebnisse in Deutschland sind immer auf die nationalen Ergebnisse abgestimmt. Die regionalen VGR liefern Ergebnisse für Bundesländer und alle kreisfreien Städte und Landkreise in Deutschland.

Regionale Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

In den regionalen VGR in Deutschland steht die Entstehungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts im Mittelpunkt. Anders als in den nationalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen kann aufgrund von Einschränkungen und Lücken der statistischen Basis und der Möglichkeiten zur Regionalisierung von Aggregaten der VGR in den Regionalrechnungen kein vollständiger Wirtschaftskreislauf und kein geschlossenes Kontensystem sowie kein Nachweis für alle Sektoren der Volkswirtschaft erstellt werden. Somit konzentrieren sich die regionalen VGR in Umfang und Gliederungstiefe auf einen für Regionen signifikanten Kern von Aggregaten.

Wichtige Entstehungs-, Verteilungs- und Verwendungsaggregate, die im Rahmen der regionalen VGR dargestellt werden, enthält die Grafik auf Seite 13.

Berechnungsmethoden

Die Größen der regionalen VGR in Deutschland werden ausgehend von den Ergebnissen der nationalen VGR berechnet. Damit unterscheiden sich die VGR grundsätzlich von der Erhebung einzelner Tatbestände in den Fachstatistiken. Hier werden die Ergebnisse in der Regel von der kleinsten regionalen Ebene zur nächst höheren Ebene zusammengeführt. In den regionalen VGR verläuft die Berechnung genau umgekehrt. Das bedeutet, dass zuerst nationale, vom Statistischen Bundesamt ermittelte Ergebnisse für Deutschland vorliegen, die im Anschluss zunächst auf die Bundesländer aufgeteilt werden. Die Länderergebnisse bilden wiederum die Ausgangswerte für die weitere regionale Verteilung auf die Kreise.

Regionalisierungsverfahren

Zur Regionalisierung sieht das ESGV 2010 zwei Methoden vor, die Bottom-Up-Methode und die Top-Down-Methode. Die Wahl der Methode ist abhängig von der Verfügbarkeit regionalspezifischer statistischer Ausgangsgrößen.

Bei der Bottom-Up-Methode werden die vorliegenden regionalspezifischen Basisstatistiken zur Berechnung herangezogen und sozusagen „von unten nach oben“ zusammengeführt. Dabei ergibt die Summe der so berechneten regionalen Ergebnisse zunächst einen Wert, dessen Abweichung vom nationalen Ergebnis noch über Koordinierung proportional auf die regionalen Ausgangswerte aufgeteilt wird.

Bei der Top-Down-Methode wird genau andersherum vorgegangen. Die nationalen Gesamtgrößen werden in Ermangelung regionalspezifischer Ausgangsgrößen auf die einzelnen Regionen verteilt. Die Verteilung erfolgt anhand von Schlüsselgrößen, die in möglichst engem Zusammenhang zu den zu berechnenden Aggregaten stehen und sie so genau wie möglich widerspiegeln. Im Ergebnis bildet bei jeder Methode die Summe der regionalen Werte das nationale Ergebnis.

Berechnungszeiträume

Für eine zeitnahe Ergebniserstellung finden in den VGR vielfach Fortschreibungsverfahren Verwendung, da die Vielzahl an statistischen Ausgangsgrößen aus Datenquellen stammt,

die nicht unmittelbar nach Ablauf eines Berichtszeitraums vorliegen, sondern erst später sukzessive zur Verfügung stehen. Bei diesen Verfahren werden die vorliegenden Werte von VGR-Aggregaten mittels geeigneter Indikatoren, die die Entwicklung des jeweiligen Aggregats ähnlich genau widerspiegeln, fortgeschrieben. Diese Methode wird vor allem bei der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts und der Arbeitnehmerentgelte angewendet, an deren zeitnahen Ergebnissen ein sehr starkes Interesse von Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit besteht.

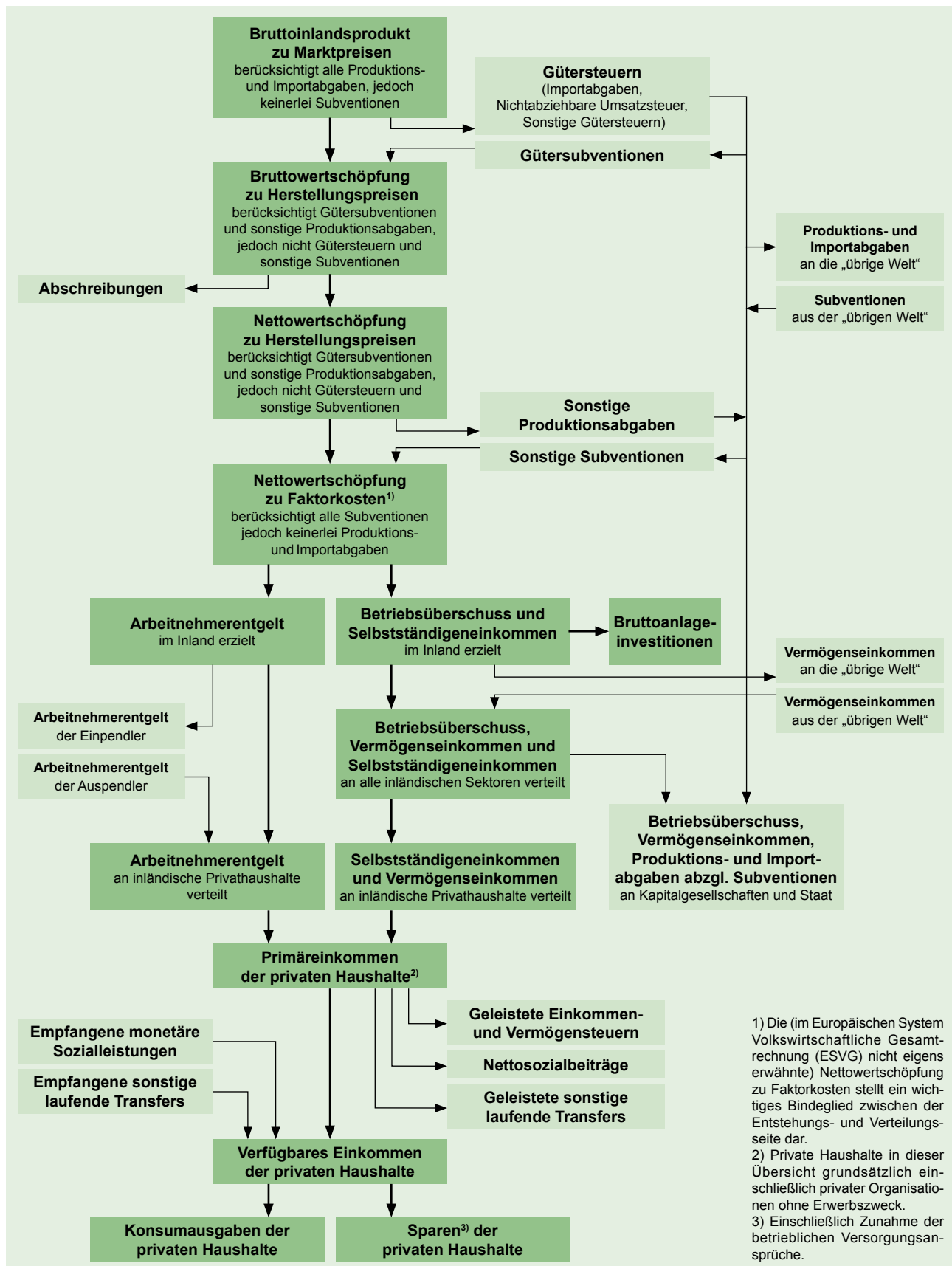
Die VGR-Aggregate werden – sobald weitere, vollständigere und präzisere Datenquellen vorliegen – in mehreren Schritten neu berechnet, zuletzt in sogenannten Originärberechnungen.

Zusätzlich zu den turnusmäßigen Überarbeitungen aufgrund der Vervollständigung der Ausgangsinformationen in den

laufenden Berechnungen werden sogenannte große Revisionen in der Regel in 5-jährigem Abstand durchgeführt. Sie dienen dazu, einen mittel- bis langfristig auftretenden Korrekturbedarf umzusetzen, neue Konzepte und gegebenenfalls neue Klassifikationen einzuführen, methodische Verbesserungen zu realisieren sowie neue Datenquellen und Ergebnisse von Großzählungen einzubeziehen.

Die letzte große Revision in den VGR, die Revision 2014, diente hauptsächlich der Umsetzung des neuen Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010 (ESVG 2010). Es basiert auf dem weltweit gültigen System of National Accounts (SNA 2008) und löst das bisher gültige ESVG 1995 ab. Neben der Einführung des ESVG 2010 wurden auch die bisherigen Berechnungsmethoden grundlegend und systematisch überprüft, für eine Reihe von Wirtschaftsbereichen die Berechnungen methodisch verbessert und neue Datenquellen integriert.

Schematische Darstellung der Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen



Die Bedeutung der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft

Die regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) verfolgen die Aufgabe, ein möglichst vollständiges quantitatives Gesamtbild des wirtschaftlichen Ablaufs und der damit verbundenen wirtschaftlichen Tätigkeiten und Vorgänge in der Volkswirtschaft einer Region für eine abgelaufene Periode zu geben. Dabei gilt es, die Zusammenhänge in einem Wirtschaftskreislauf zu verdeutlichen. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen finden im Wesentlichen die Produktion, Verteilung und Verwendung von Waren und Dienstleistungen sowie die damit einhergehende oder auch daraus resultierende Entstehung, Verteilung und Verwendung von Einkommen ihren Niederschlag.

Entstehungsrechnung

Die Berechnung der Entstehungsseite – auch Entstehungsrechnung genannt – umfasst alle Transaktionen im Zusammenhang mit der Produktion von Waren und Dienstleistungen. Zentrale Größen der Entstehungsrechnung sind das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die Bruttowertschöpfung (BWS). Die Bruttowertschöpfung ist eine Kennzahl der wirtschaftlichen Leistung der Wirtschaftsbereiche. Werden die Ergebnisse der einzelnen Wirtschaftsbereiche zusammengeführt, die Gütersteuern addiert und die Gütersubventionen abgezogen, erhält man das Bruttoinlandsprodukt. Die preisbereinigte Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr bzw. einem Vergleichsjahr beschreibt das Wirtschaftswachstum bzw. die Wirtschaftsentwicklung.

Ergebnisse der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bestimmen auf europäischer Ebene maßgeblich die Verteilung der finanziellen Mittel aus den EU-Strukturfonds. So ist das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner auf der Ebene „NUTS 2“ (entspricht in Deutschland in der Regel der Ebene Regierungsbezirk) von sehr hoher Bedeutung, da es unter anderem das Kriterium für den Anspruch auf Fördermittel für die sogenannten Ziel-1- bzw. Ziel-„Konvergenz“-Gebiete (das heißt Regionen mit Entwicklungsrückstand) ist. Das Bruttoinlandsprodukt stellt ferner eine wichtige Bezugsgröße der EU-Strukturindikatoren dar. Dies betrifft zum Beispiel:

- Arbeitsproduktivität der Erwerbstätigen bzw. auf der Grundlage der Arbeitsvolumina (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen bzw. je geleistete Arbeitsstunde der Erwerbstätigen),
- Öffentliche Bildungsausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts,
- Informations- und Kommunikationstechnologieausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Datennutzer im Inland sind vor allem Ministerien und Verwaltungen, Kammern und Verbände, Forschungseinrichtungen und Hochschulen, Banken und andere Unternehmen sowie Medien und Privatpersonen. So werden die Informationen zum Wirtschaftswachstum von großen Ratingagenturen zur

Einschätzung der Kreditfähigkeit von Ländern im Rahmen ihrer Länderrankings mit herangezogen. In diesem Zusammenhang wird auch die Entwicklung der Arbeitsproduktivität mit betrachtet. Ferner ist das Bruttoinlandsprodukt bzw. die Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen oder je geleistete Erwerbstätigenstunde ein wichtiger Indikator, an den private Investoren unter anderem ihre Standortentscheidungen knüpfen, die wiederum Arbeitsplätze, die regionale Wirtschaftsleistung und die jeweiligen Steuereinnahmen beeinflussen. Anhand dieser Größen lassen sich zudem vergleichbare Aussagen zum Prozess der Angleichung der neuen an die alten Länder treffen.

Auf der Basis von Kreisergebnissen zur Bruttowertschöpfung kann die Ausgewogenheit der Wirtschaftsstruktur von Regionen eingeschätzt und bei Defiziten die Ansiedlung von Unternehmen gefördert werden. Weitere regionale Förderentscheidungen orientieren sich ebenfalls am Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen der Regionen. Gleichzeitig dient es als Indikator zur Überprüfung des Einflusses regionaler Förderprogramme oder besonderer Förderpräferenzen zum Beispiel bei Gebieten mit besonderen Entwicklungsaufgaben (GmbE).

Auf regionale Ergebnisse zum Bruttoinlandsprodukt und zur Bruttowertschöpfung stützten sich in der Vergangenheit auch geldpolitische Entscheidungen des Zentralbankrates der Bundesbank im Rahmen der Konjunktur- und Strukturanalysen. Gleichzeitig stellen diese Regionalergebnisse Ausgangsgrößen für die Konjunkturprognosen von Wirtschaftsforschungsinstituten dar.

Das Bruttoinlandsprodukt wird in der Öffentlichkeit nicht nur als Wirtschaftsindikator, sondern zugleich als allgemeiner Wohlstandsindikator angesehen. Allerdings ist es dafür nicht konzipiert worden. Im Jahr 2009 wurde unter anderem mit dem sogenannten Stiglitz-Sen-Fitoussi-Report¹ die Diskussion zum Thema „Wohlfahrtsmessung“ neu initiiert. Das Bruttoinlandsprodukt allein reicht nicht aus, um die Aspekte „Lebensqualität“, „Wohlstand“, „nachhaltige Entwicklung“ sowie „gesellschaftlicher Fortschritt“ messen zu können. Die Diskussion verläuft seitdem sowohl in Deutschland als auch im europäischen bzw. internationalen Kontext auf breiter gesellschaftlicher Ebene. Vorliegende Studien und Projektberichte zeigen, dass es nicht nur einen einzigen, ganzheitlichen Wohlstands- bzw. Fortschrittsindikator geben kann. Stattdessen werden Indikatorensysteme diskutiert, die, neben das Bruttoinlandsprodukt gestellt, die genannten Aspekte messen können².

¹ Vgl. Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress, 2009, URL: http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/documents/rapport_anglais.pdf (Stiglitz-Sen-Fitoussi-Bericht; Abruf vom 27.05.2013)

² Vgl. Hoffmann, S. und W.-D. Speich: Bruttoinlandsprodukt (BIP) und mehr – aktueller Stand der Diskussion. In: Statistik in Sachsen, 3/2012, S. 34–44.

Einkommensentstehungsrechnung

Die Einkommensentstehungsrechnung ist Bestandteil der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und wird formal der Verteilungsrechnung zugeordnet. Ihre zentralen Größen sind das nach Wirtschaftsbereichen berechnete Arbeitnehmerentgelt (ANE) sowie der Betriebsüberschuss bzw. das Selbstständigeneinkommen. Beide Einkommensgrößen zeigen, wie sich die im laufenden Produktionsprozess entstandene Wertschöpfung als Einkommen auf die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital verteilt. Die Einkommensentstehungsrechnung ist damit elementare Rechengrundlage für die eigentliche Verteilungsrechnung.

Unter den regionalen Ergebnissen kommt den Bruttolöhnen und -gehältern (BLG), die Bestandteil des Arbeitnehmerentgeltes sind, im Rahmen der Ermittlung der Rentenanpassung eine sehr hohe Bedeutung zu.

Aus den Kreisergebnissen zum Arbeitnehmerentgelt werden ergänzende Informationen zur regionalen Wirtschaftsstruktur gewonnen und bei strukturpolitischen Förderentscheidungen zur Unternehmensansiedlung mit herangezogen. Die regionalen Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer bzw. je geleistete Arbeitsstunde der Arbeitnehmer) sind unter anderem ein wichtiger Indikator für Standortentscheidungen privater Investoren. Mithilfe der Lohnkosten können weitere Aussagen zum Prozess der Angleichung der neuen an die alten Länder getroffen werden. Sie fließen zudem in die Lohnstückkosten (Lohnkosten/Arbeitsproduktivität [Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung {in jeweiligen Preisen} je Erwerbstätigen bzw. je geleistete Arbeitsstunde der Erwerbstätigen]) ein, auf die bei Betrachtungen der Wettbewerbsfähigkeit und Standortattraktivität von Regionen und/oder Wirtschaftsbereichen ebenfalls häufig zurückgegriffen wird.

Verteilungsrechnung

Die Verteilungsrechnung ist ein weiteres Teilgebiet der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und knüpft an die Ergebnisse der Einkommensentstehungsrechnung an. Sie weist die primäre und sekundäre Verteilung der im volkswirtschaftlichen Produktionsprozess entstandenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus. Gleichzeitig werden die Einkommensströme von und an die übrige Welt berücksichtigt. Neben dem Bruttonationaleinkommen sind das Primäreinkommen und das Verfügbare Einkommen wichtige Größen der Verteilungsrechnung.

Ein Vergleich der regionalen Ergebnisse des Primäreinkommens mit denen zur Bruttowertschöpfung liefert Aussagen darüber, inwiefern die im laufenden Produktionsprozess entstandene Wertschöpfung als Einkommen in den jeweiligen Regionen verbleibt. Auf der Grundlage der regionalen Primäreinkommensergebnisse kann die Ausgewogenheit der regionalen Einkommensstruktur eingeschätzt und durch die Ergebnisse zum Verfügbaren Einkommen die sozialpolitisch motivierte Korrektur durch das Umverteilungssystem betrachtet werden.

Insbesondere das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte liefert detaillierte Informationen über die materielle Lage privater Haushalte in den einzelnen Regionen (Länder- und Kreisebene). Die Ergebnisse zum Verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen gewähren zum Beispiel Aussagen zum Prozess der Angleichung der neuen an die alten Länder. Mittelbar lassen sich aus dem Niveau und der Entwicklung des Verfügbaren Einkommens Aussagen über die Kaufkraft der privaten Haushalte ableiten, wobei natürlich die Preisentwicklung noch unberücksichtigt bleibt. An die nominale Kaufkraft knüpfen zum Beispiel die Vertreter des Einzelhandels, des Freizeit-, Sport- und Unterhaltungsgewerbes, der Kredit- und Versicherungswirtschaft, Handwerker und Vermieter sowie Konsumgüterproduzenten ihre Geschäftserwartungen. Sie können dabei ihre Werbeplanung und das Direktmarketing, ihre Vertriebsplanung, die Einteilung marktgerechter Verkaufsgebiete, ihre Verkaufsplanung und Verkaufskontrolle sowie Standortforschung an den regionalen Ergebnissen zum Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte ausrichten.

Verwendungsrechnung

Die Verwendungsrechnung als weiteres Teilgebiet der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen weist die letzte inländische Verwendung sowie die Ein- und Ausfuhr der produzierten Sachgüter und Dienstleistungen nach. Ihre zentralen Größen sind die Bruttoanlageinvestitionen, die Privaten Konsumausgaben, die Konsumausgaben des Staates und der Restposten, in den die Vorratsveränderungen, die Nettozugänge an Wertsachen sowie der Außenbeitrag einfließen. Die Summe der Verwendungsaggregate ergibt das Bruttoinlandsprodukt.

Aus den regionalen Ergebnissen der Bruttoanlageinvestitionen können Informationen über die Finanzmittel gewonnen werden, welche in die einzelnen Regionen bzw. Wirtschaftsbereiche geflossen sind. Sie sichern bzw. führen zu neuen Arbeitsplätzen in den einzelnen Ländern. An die Bruttoanlageinvestitionen knüpfen sich regionale bzw. sektorale Wachstumserwartungen. Sie können weitere Investitionen nach sich ziehen. Allgemein schlagen sich Investitionen in einer steigenden Investitionsquote (jetzt: Anteil der Bruttoanlageinvestitionen [in jeweiligen Preisen] am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen) nieder. Da sich regional getätigte Bruttoanlageinvestitionen mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung wachstumssteigernd auf das Bruttoinlandsprodukt auswirken, verringert sich in der Folgezeit die Investitionsquote wieder.

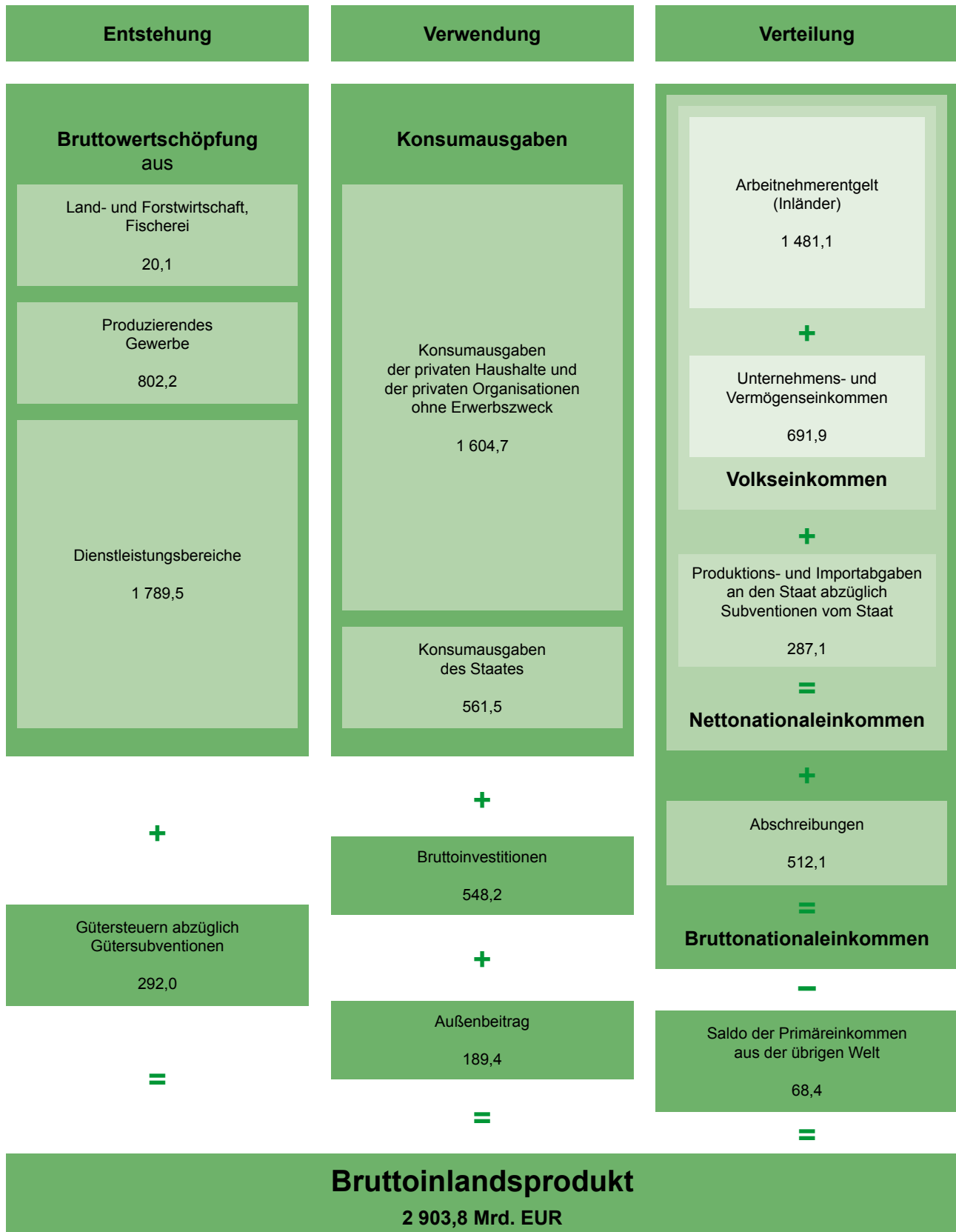
Die Privaten Konsumausgaben umfassen die Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke. Aus der regionalen Verteilung der Privaten Konsumausgaben auf Länderebene ziehen die Vertreter aus Wirtschaft und insbesondere des Handels wichtige Informationen über das Kaufverhalten in einzelnen Regionen und deren Entwicklung in der Zeit. Niedrige Private Konsumausgaben (meist in ländlichen Gebieten) können indes auch wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Erschließung der Infrastruktur veranlassen.

Die Konsumausgaben des Staates enthalten vom Staat selbst produzierte Güter und Dienstleistungen (jedoch ohne selbst erstellte Anlagen und Verkäufe) sowie Ausgaben für Güter, die als soziale Sachtransfers den privaten Haushalten für ihren Konsum zur Verfügung gestellt werden. Besonders die staatlichen Konsumausgaben für Güter und Dienstleistungen sind für die Binnenkonjunktur der Länder von Bedeutung. Demgegenüber werden rückläufige Konsumausgaben des Staates zur Reduzierung der Staatsausgaben und Staatsverschuldung gefordert.

Ein weiterer Bestandteil der Verwendungsrechnung ist der Außenbeitrag. Allerdings lässt sich im System der Volkswirt-

schaftlichen Gesamtrechnungen dieser Saldo zwischen den Exporten und Importen nur auf der nationalen, nicht aber auf der regionalen Ebene ermitteln. Die Darstellung des Außenbeitrags in der Regionalrechnung würde erfordern, dass auch die Waren- und Dienstleistungsströme zwischen den einzelnen Ländern in Deutschland bekannt sind. Dazu liegen jedoch keine Informationen vor. Insofern sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder ein offenes Kreislaufsystem. Der Außenbeitrag ist in der Länderrechnung im Restposten enthalten.

Bruttoinlandsprodukt 2014 für Deutschland in Mrd. EUR (in jeweiligen Preisen)



Berechnungsstand: Februar 2015.

Bruttoinlandsprodukt

Bei der Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts wird zunächst die Wertschöpfung zu Herstellungspreisen aller Wirtschaftsbereiche aufaddiert. Anschließend wird der Saldo aus Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen hinzugezählt. Durch die Berücksichtigung dieses Saldos ergibt sich das Marktpreiskonzept, das für die Bewertung des Bruttoinlandsprodukts heranzuziehen ist. Das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010 (ESVG 2010), das rechtsverbindlich die Methodik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aller EU-Mitgliedstaaten vorgibt, empfiehlt für die regionalen VGR eine Pauschalverteilung dieses Saldos. Pauschal bedeutet, dass der von der nationalen VGR für Deutschland insgesamt ermittelte Saldo – unabhängig von den tatsächlich örtlich entstandenen Gütersteuern und -subventionen – proportional im Verhältnis zur regionalen Bruttowertschöpfung auf die Länder verteilt wird. Gütersteuern sind alle Steuern, die pro Einheit einer produzierten oder gehandelten Ware oder Dienstleistung zu entrichten sind. Es handelt sich beispielsweise um Mehrwertsteuer, Importabgaben (ohne Einfuhrumsatzsteuer), Mineralölsteuer, Tabaksteuer, Versicherungssteuer. Gütersubventionen sind ebenfalls solche Subventionen, die pro Einheit einer produzierten Ware oder Dienstleistung geleistet werden. Beispiele hierfür sind Importsubventionen oder Abgeltungszahlungen im Verkehr. Nach dem neuen ESGV 2010 werden – als quantitativ bedeutendste Änderung – nun die Leistungen für Forschung und Entwicklung (FuE) als Investitionen verbucht.

Das Bruttoinlandsprodukt kann zu jeweiligen Preisen (nominal) oder preisbereinigt und somit frei von Preiseinflüssen dargestellt werden. Bei der Bewertung der Waren und Dienstleistungen zu jeweiligen Preisen werden die Preise des jeweiligen Berichtsjahres, bei der Bewertung zu Vorjahrespreisen hingegen die Preise des jeweiligen Vorjahres zugrunde gelegt (Vorjahrespreisbasis). So wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2014 in Preisen des Jahres 2013, das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt 2013 in Preisen des Jahres 2012 abgebildet. Dies hat den

Definition des Bruttoinlandsprodukts

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller innerhalb eines Wirtschaftsgebietes während einer bestimmten Periode produzierten Waren und Dienstleistungen. Es entspricht der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen. Die Bruttowertschöpfung, die zu Herstellungspreisen bewertet wird, ergibt sich für jeden Wirtschaftsbereich aus dem Bruttoproduktionswert zu Herstellungspreisen abzüglich der Vorleistungen zu Anschaffungspreisen.

Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen

+ Gütersteuern

– Gütersubventionen

= Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen

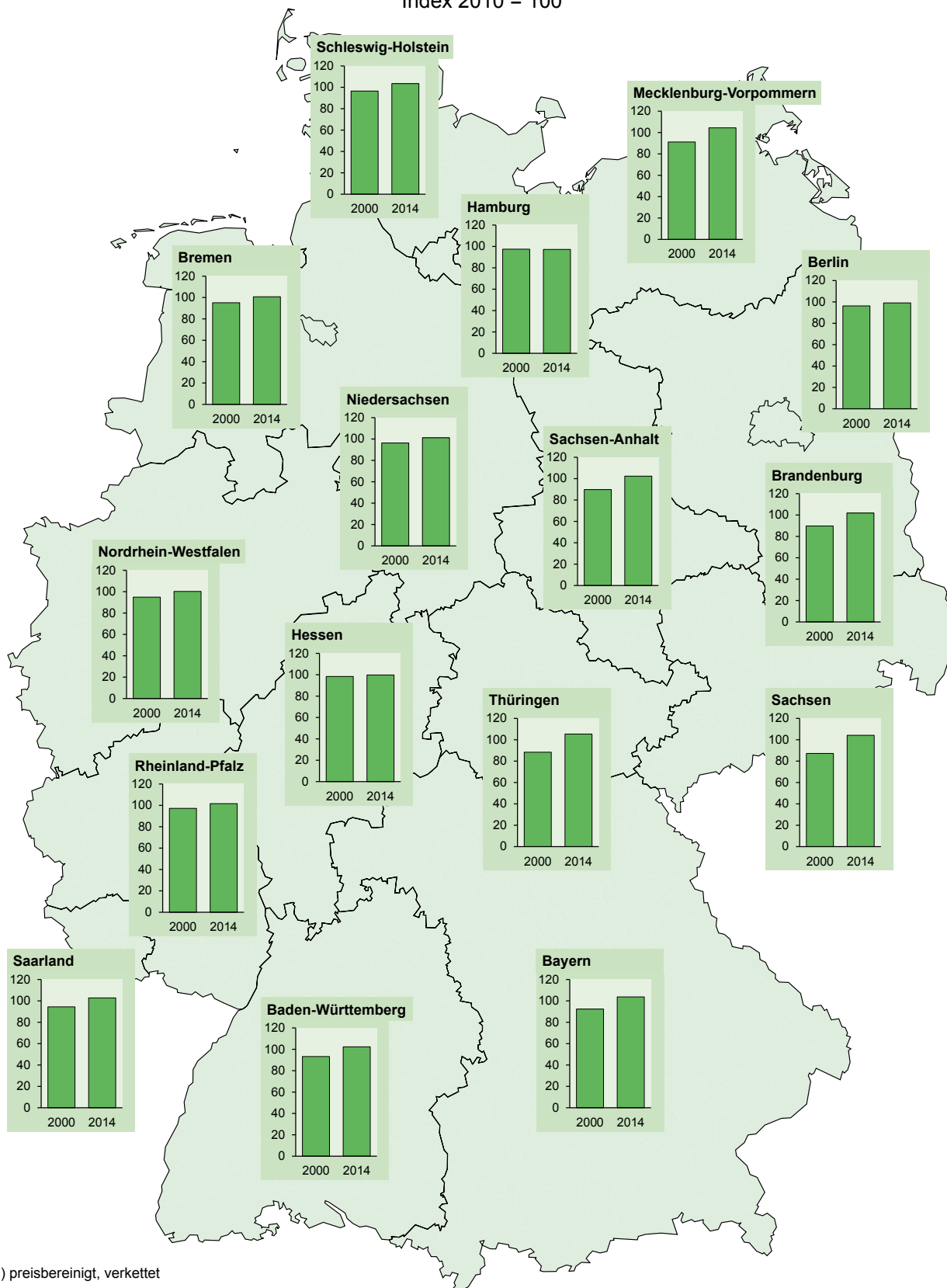
Vorteil, dass immer die aktuellen Preis- und Güterrelationen berücksichtigt werden. Durch Verkettung (chain-linking) der Einzelergebnisse werden langfristige Vergleiche möglich. Insbesondere bei langfristigen Vergleichen bietet sich das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt als Vergleichsgröße an, um die tatsächliche Entwicklung der mengenmäßigen Wirtschaftsleistung einer Volkswirtschaft bewerten zu können.

Das Bruttoinlandsprodukt ist der zentrale Indikator für Wachstum und Konjunktur. Unter Wirtschaftswachstum wird gemeinhin die Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes zum Vorjahr verstanden. Beim strukturellen Vergleich einzelner Regionen oder Wirtschaftsbereiche untereinander können durchaus nominale Größen verwendet werden, da hier Entwicklungen eine geringere Rolle spielen.

Das Bruttoinlandsprodukt bezogen auf die Anzahl der Erwerbstätigen gibt Auskunft über die Arbeitsproduktivität. Im Hinblick auf die immer mehr an Bedeutung gewinnende Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung ist jedoch der Bezug auf das Arbeitsvolumen, das heißt die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen, das zutreffendere Produktivitätsmaß. So stellen sich Länder mit sehr hohem Anteil an Teilzeitbeschäftigten bei einem reinen Bezug auf die Zahl der Erwerbstätigen unproduktiver dar als sie in Wirklichkeit sind. Der Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, dem die Berechnung der Erwerbstätigen obliegt, berechnet zusätzlich die Größe „Arbeitsvolumen“. Somit kann die aussagefähigere Kennziffer Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde ermittelt werden. Es sollte außerdem berücksichtigt werden, dass das Bruttoinlandsprodukt nicht ausschließlich durch den Faktor Arbeit geprägt ist, sondern als Gesamtergebnis wirtschaftlicher Aktivitäten zustande kommt. Die Höhe der wirtschaftlichen Leistung ist ebenso bestimmt von der Ausstattung mit Maschinen bzw. deren Modernisierungsgrad oder etwa der Infrastruktur. Im europäischen und internationalen Vergleich ist es üblich, zur Messung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität und somit des wirtschaftlichen Entwicklungsstandes einer Volkswirtschaft das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner heranzuziehen.

Das Bruttoinlandsprodukt ist nicht nur Grundlage für politische Entscheidungen und Standortbestimmungen, sondern findet seinen Niederschlag explizit in den Niederschriften der Maastrichter Verträge. Es ist das rechtsverbindliche Maß für die fiskalischen Maastricht-Kriterien. Im Vertrag von Maastricht ist festgelegt, dass in den Mitgliedstaaten das öffentliche Defizit 3 % des Bruttoinlandsproduktes nicht übersteigen darf. Der öffentliche Schuldenstand darf maximal 60 % des Bruttoinlandsproduktes erreichen. Des Weiteren richten sich etwaige Fördergelder aus dem EU-Strukturfondsprogramm für die benachteiligten Regionen Europas nach dem auf die jeweilige Einwohnerzahl bezogenen Bruttoinlandsprodukt.

**Bruttoinlandsprodukt*) je Erwerbstätigen (Arbeitsproduktivität)
2014 gegenüber 2000 nach Bundesländern**
Index 2010 = 100



*) preisbereinigt, verkettet

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Grafik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Bruttowertschöpfung

Die Bruttowertschöpfung ist in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein bedeutendes Aggregat der Entstehungsrechnung. Sie wird für einzelne Wirtschaftsbereiche, Bundesländer sowie für kreisfreie Städte und Kreise berechnet und veröffentlicht. Die Bruttowertschöpfung gibt den Wert der wirtschaftlichen Leistung für die einzelnen Wirtschaftsbereiche an und umfasst somit grundsätzlich alle entgeltlich erzeugten Waren und Dienstleistungen. Nicht wertschöpfungswirksam im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind unentgeltliche Tätigkeiten wie zum Beispiel Arbeiten im eigenen Haushalt oder ehrenamtliche Aktivitäten.

Die Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) der Wirtschaftsbereiche wird in der Regel aus der Differenz der Produktionswerte (zu Herstellungspreisen) und der Vorleistungen (zu Anschaffungspreisen) bestimmt. Aufgrund dieser unterschiedlichen Bewertungen enthält die Bruttowertschöpfung nicht die Gütersteuern abzüglich der Gütersubventionen.

Eine Ausnahme von dieser subtraktiven Berechnungsmethode gilt für die sogenannten „Nichtmarktproduzenten“ aus den Sektoren Staat und private Organisationen ohne Erwerbszweck, deren Leistungen für die Allgemeinheit überwiegend ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Hier wird die Bruttowertschöpfung durch Addition der Aufwandsposten dieser Institutionen ermittelt, wie zum Beispiel Einkommen aus unselbstständiger Arbeit, Produktionssteuern, Abschreibungen usw.

Die Produktionswerte der Unternehmen stellen den Wert der Verkäufe von Waren und Dienstleistungen aus eigener Produktion sowie von Handelsware an andere in- und ausländische Wirtschaftseinheiten dar, vermehrt um den Wert der Bestandsveränderung an Halb- und Fertigwaren aus eigener Produktion und um den Wert der selbst erstellten Anlagen. Zu den Verkäufen rechnen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auch die Einnahmen aus der Vermietung von Wohnungen und gewerblichen Anlagen sowie der Eigenkonsum der Unternehmer. Der Wert der Verkäufe schließt die in Rechnung gestellte Umsatzsteuer nicht ein.

Definition der Bruttowertschöpfung

Die Bruttowertschöpfung umfasst den Wert der wirtschaftlichen Leistung der Wirtschaftseinheiten bzw. der Wirtschaftsbereiche innerhalb einer bestimmten Periode.

Die Bruttowertschöpfung errechnet sich wie folgt:

$$\begin{array}{l} \text{Produktionswert zu Herstellungspreisen} \\ - \quad \text{Vorleistungen} \\ \hline = \quad \text{Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen} \end{array}$$

Der Produktionswert eignet sich allerdings nur sehr bedingt zur Messung der wirtschaftlichen Leistung, da in ihm auch die von anderen wirtschaftlichen Einheiten produzierten Vorprodukte enthalten sind. Um Doppelzählungen zu vermeiden, werden diese Vorleistungen vom Produktionswert abgezogen. Unter Vorleistung ist der Wert der Waren und Dienstleistungen zu verstehen, die inländische Wirtschaftseinheiten von anderen in- und ausländischen Wirtschaftseinheiten bezogen und im Berichtszeitraum im Zuge der Produktion verbraucht haben. Die Vorleistungen umfassen außer Rohstoffen, sonstigen Vorprodukten, Hilfs- und Betriebsstoffen, Brenn- und Treibstoffen und anderen Materialien auch Bau- und sonstige Leistungen für laufende Reparaturen, gewerbliche Mieten, Leiharbeitnehmer, von anderen Unternehmen durchgeführte Lohnarbeiten, Transportkosten, Postgebühren, Anwaltskosten, Benutzungsgebühren für öffentliche Einrichtungen usw. In der Regel schließen Vorleistungen nicht die eingesetzte Handelsware ein, da auch der Produktionswert von Handelsaktivitäten nur in Höhe des Dienstleistungsentgelts gebucht wird. Zusätzlich werden die „unterstellten Bankgebühren“ als „Finanzserviceleistungen, indirekte Messung (FISIM)“ berücksichtigt und nach den verwendenden Sektoren und Wirtschaftsbereichen direkt für Produktionswert und Vorleistungen aufgeteilt. Eine weitere Größe, die zusätzlich zur Bruttowertschöpfung beiträgt, sind selbsterstellte und erworbene Leistungen für Forschung und Entwicklung, ebenfalls ermittelt nach Wirtschaftsbereichen und Sektoren.

Die so berechnete Bruttowertschöpfung von Unternehmen ergibt aufsummiert die Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche und Regionen. Nach Addition der Gütersteuern und Subtraktion der Gütersubventionen von der Bruttowertschöpfung der Gesamtwirtschaft ergibt sich schließlich das Bruttoinlandsprodukt.

Damit wird die Wirtschaftsleistung in den Ländern, Landkreisen und kreisfreien Städten dargestellt. Die Bruttowertschöpfung ist somit ein wichtiger Indikator für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft bei der Analyse und Prognose von Konjunktur, Wachstum, Struktur und Entwicklung der Gesamtwirtschaft sowie für den Vergleich der Wirtschaft von Regionen oder der langfristigen strukturellen Veränderung von Wirtschaftsbereichen zueinander. Zusätzlich ist auch der Vergleich der Produktivität (Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen) zwischen einzelnen Regionen und Wirtschaftsbereichen eine aufschlussreiche Kenngröße.

Seit dem Berichtsjahr 2000 wird über die Größe „Arbeitsvolumen“ auch die Bruttowertschöpfung je Arbeitsstunde ausgewiesen. Damit wird der Quantifizierung des Arbeitsinputs (unterschiedliche Anteile der Teilzeitbeschäftigung) besser Rechnung getragen als mit dem reinen Pro-Kopf-Bezug. Mit der regionalen Bruttowertschöpfung steht eine Datengrundlage bereit, die eine Beurteilung erlaubt, ob ein Wirtschaftsbereich bzw. eine Region im Verhältnis zu anderen Wirtschaftsbereichen bzw. Regionen relativ viel oder weniger gewachsen ist.

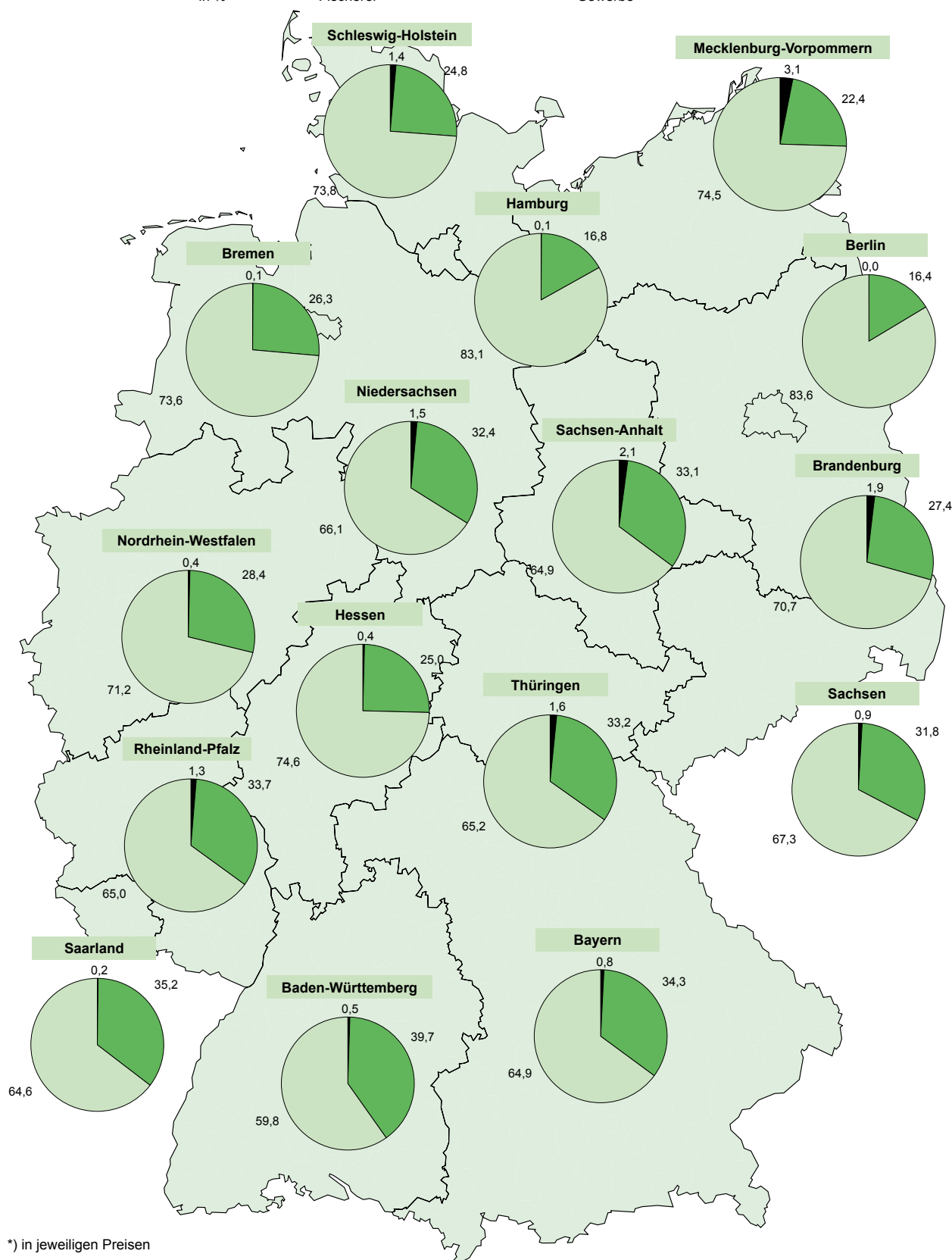
Bruttowertschöpfung*) 2014 nach Bundesländern

Anteil der Wirtschaftsbereiche
in %

Land- und Forstwirtschaft,
Fischerei

Produzierendes
Gewerbe

Dienstleistungsbereiche



*) in jeweiligen Preisen

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Grafik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Arbeitnehmerentgelt

Das Arbeitnehmerentgelt umfasst Bruttolöhne und -gehälter sowie tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge der Arbeitgeber. Nicht dazu zählt das Einkommen von Selbstständigen oder deren mithelfenden Familienangehörigen. Erfasst werden sämtliche Geld- und Sachleistungen, die der Arbeitgeber für die Beschäftigung von Arbeitnehmern aufwendet. Das Arbeitnehmerentgelt stellt also nicht nur eine Einkommensgröße der Arbeitnehmer dar, sondern ist auch eine wichtige gesamtwirtschaftliche Kostengröße, die den Aufwand für den Produktionsfaktor Arbeit weitgehend abbildet. Das Arbeitnehmerentgelt wird sowohl als geleistetes Arbeitnehmerentgelt (Arbeitsortprinzip), als auch als empfangenes Arbeitnehmerentgelt (Wohnortprinzip) nachgewiesen. Der Unterschied zwischen beiden Größen entsteht aus dem Saldo der Arbeitnehmerentgelte der Pendler, also der Arbeitnehmer, die nicht an ihrem Wohnort arbeiten.

Mithilfe des Einkommensaggregats Arbeitnehmerentgelt können weitere gesamtwirtschaftliche Größen wie die Lohnquote oder die Lohnstückkosten berechnet werden. Die Lohnquote ist der Anteil der empfangenen Arbeitnehmerentgelte (Wohnortprinzip) am Volkseinkommen. Die Lohnstückkosten sind die Relation der Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer bzw. je Arbeitnehmerstunde) zur Arbeitsproduktivität (preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen bzw. je Erwerbstätigenstunde).

Weiterhin ist die Entwicklung der Durchschnittsverdienste (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) ein wichtiger Indikator für politische Entscheidungen. Beispielsweise geht die Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter in die Rentenformel ein als Grundlage der jährlichen Rentenanpassungen in Deutschland.

Definition des Arbeitnehmerentgelts

Das Arbeitnehmerentgelt errechnet sich wie folgt:

Bruttolöhne und -gehälter

+ Sozialbeiträge der Arbeitgeber

= Arbeitnehmerentgelt

Die Berechnung der Arbeitnehmerentgelte sowie der Bruttolöhne und -gehälter in Bundesländern und Kreisen ermöglicht regional vergleichbare Einkommensgrößen hinsichtlich ihres Niveaus, der Struktur und Entwicklung.

Die Bruttolöhne und -gehälter umfassen alle Löhne und Gehälter vor Abzug der Lohnsteuer und der Sozialbeiträge

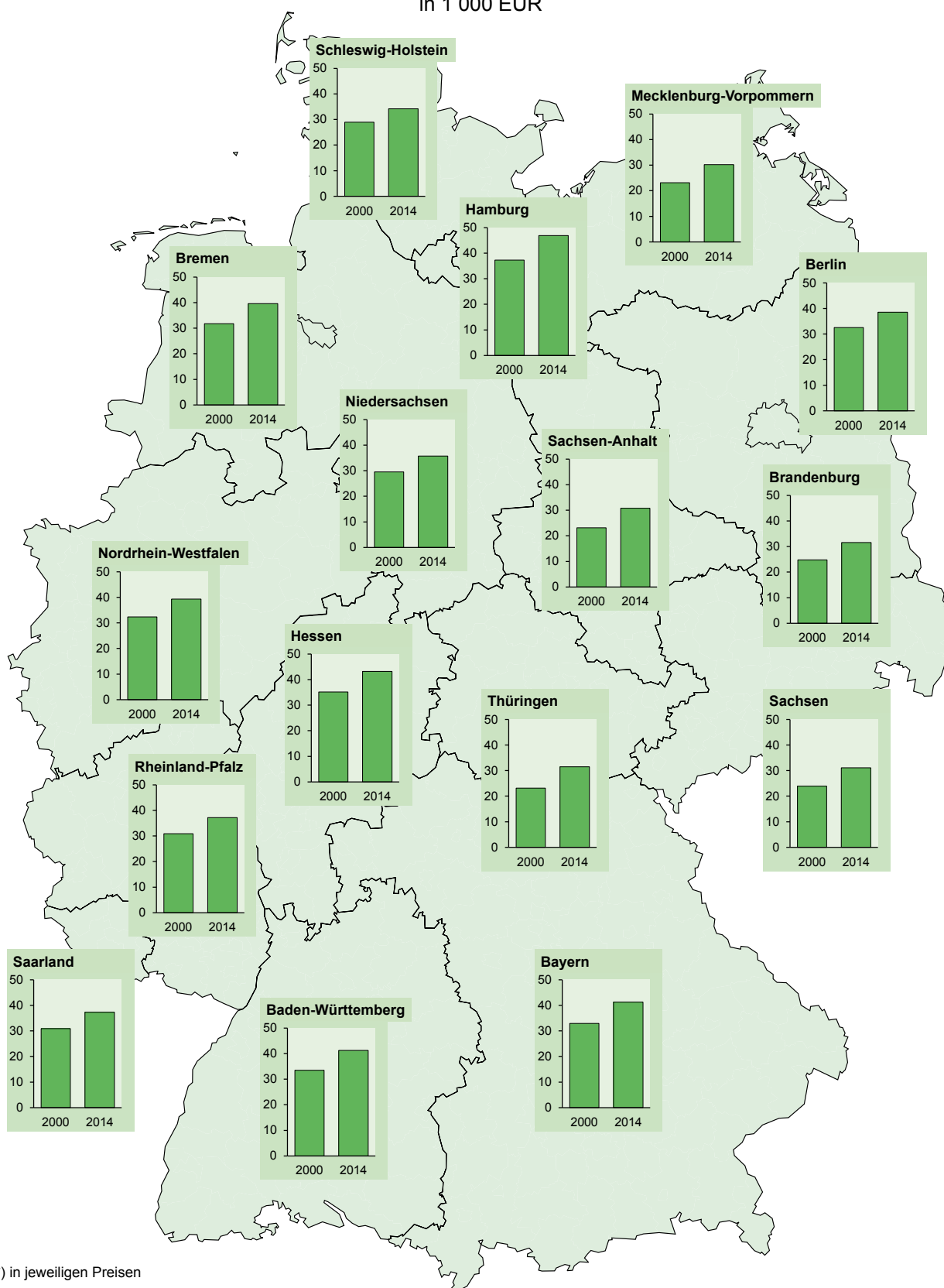
der Arbeitnehmer, die den Arbeitnehmern aus ihren Arbeits- und Dienstverhältnissen zufließen. Einbezogen wird eine Vielzahl anderer Einkommensbestandteile (z. B. Erschwerungszulagen und Familien- und Kinderzuschläge). Dazu gehören weiterhin Heimarbeiterlöhne und Vergütungen für den Mehraufwand von Beschäftigten in Arbeitsgelegenheiten. Enthalten sind auch Naturalvergütungen, die als geldwerter Vorteil gemessen werden, der dem Arbeitnehmer durch unentgeltliche oder verbilligte Überlassung von Waren und Dienstleistungen durch den Arbeitgeber entsteht. Auch Lohnfortzahlungen für ausgefallene Arbeitszeit (u.a. Feiertage, Urlaub) und Jahressonderzahlungen sind eingeschlossen. Hinzugerechnet werden außerdem Bruttolöhne und -gehälter aus nebenberuflichen Beschäftigungsverhältnissen bzw. geringfügigen abhängigen Tätigkeiten.

Die Sozialbeiträge der Arbeitgeber schließen die gesetzlich vorgeschriebenen Beiträge zur Renten-, Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung ein, außerdem vertraglich vereinbarte oder freiwillig vom Arbeitgeber übernommene sowie unterstellte Sozialbeiträge im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung und weiterer Beihilfen und Unterstützungen für gegenwärtig oder früher beschäftigte Arbeitnehmer.

Die Arbeitnehmerentgelte bzw. die Bruttolöhne und -gehälter werden auf der Grundlage der jahresdurchschnittlichen Anzahl der Arbeitnehmer, der entsprechenden Durchschnittsverdienste in den Wirtschaftszweigen und weiterer Daten zu den Sozialbeiträgen berechnet. Dabei wird nach Arbeitnehmergruppen (Arbeiter und Angestellte, Beamte und marginal Beschäftigte) differenziert. Dadurch werden die deutlich kürzeren Arbeitszeiten und geringeren Durchschnittsverdienste von ausschließlich geringfügig Beschäftigten berücksichtigt.

Zu den Arbeitnehmern zählt, wer als Arbeiter, Angestellter, Beamter, Richter, Berufssoldat, Soldat auf Zeit, Wehr- oder Zivildienstleistender/Person im Bundesfreiwilligendienst, Auszubildender, Praktikant oder Volontär in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis steht und hauptsächlich diese Tätigkeit ausübt. Eingeschlossen sind auch Heimarbeiter. Dabei ist die Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit unerheblich, sodass auch marginal Beschäftigte dazu gehören. Das sind Personen, die keine voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben, jedoch nach dem Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation als erwerbstätig gelten, wenn sie in einem einwöchigen Berichtszeitraum wenigstens eine Stunde gegen Entgelt gearbeitet haben. Dazu zählen in Deutschland hauptsächlich ausschließlich geringfügig Beschäftigte und Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten, den sogenannten „Ein-Euro-Jobs“.

**Arbeitnehmerentgelt*) je Arbeitnehmer (Lohnkosten) 2014 gegenüber 2000
nach Bundesländern
in 1 000 EUR**



*) in jeweiligen Preisen

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Grafik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Bruttoanlageinvestitionen

Die Bruttoanlageinvestitionen sind eine wichtige Nachfragegröße in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Zusammen mit den Konsumausgaben von Staat, privaten Haushalten und Organisationen ohne Erwerbszweck sowie dem Saldo von Exporten und Importen bilden sie das Bruttoinlandsprodukt.

Die Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen hat einen direkten Einfluss auf die Konjunktur und das Wirtschaftswachstum in den Ländern und Regionen, da die Investitionen einen starken Einkommens- und Beschäftigungseffekt ausüben. Zusätzlich ist auch das Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zur Produktion, die sogenannte Investitionsquote, sehr aufschlussreich. Sie ist definiert als Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt. Die Investitionsquote gibt an, ob im Verhältnis zur Produktion relativ viel oder wenig investiert worden ist.

Besonders vor dem Hintergrund einer zunehmenden Globalisierung der Wirtschaftsprozesse und einer damit einhergehenden Verlagerung von Investitionen ins Ausland, sind die Höhe und die Struktur sowie der zeitliche Verlauf der Bruttoanlageinvestitionen von großem Interesse für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Die Bruttoanlageinvestitionen umfassen die Käufe neuer Anlagen (einschließlich eingeführter und selbst erstellter Anlagen) sowie die Käufe gebrauchter Anlagen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen. Als Anlagen werden im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen alle dauerhaften reproduzierbaren Produktionsmittel angesehen.

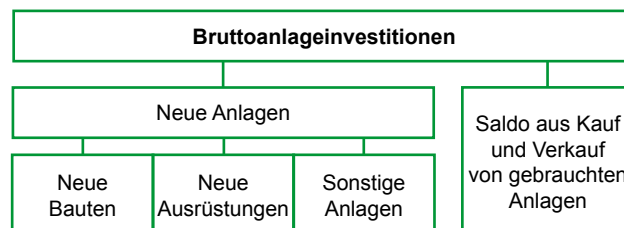
Als dauerhaft gelten hier diejenigen Produktionsmittel, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise in der betrieblichen Buchführung aktiviert werden. Die Anlageinvestitionen werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen brutto nachgewiesen, das heißt vor Abzug der Abschreibungen.

Neue Anlagen sind neu in den Wirtschaftskreislauf eintretende, das heißt in einer nachgewiesenen Berichtsperiode im Inland neu entstandene oder importierte Anlagegüter.

Definition der Bruttoanlageinvestitionen

Die Bruttoanlageinvestitionen umfassen die Käufe neuer Anlagen (einschließlich eingeführter und selbst erstellter Anlagen) sowie die Käufe gebrauchter Anlagen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen von Wirtschaftseinheiten bzw. der Wirtschaftsbereiche innerhalb einer bestimmten Periode.

Sie untergliedern sich in neue Bauten, neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen. Zu den neuen Bauten zählen auch werterhöhende Leistungen am Gebäudebestand. Für die einzelnen Wirtschaftsbereiche wird nur der Erwerb neuer Anlagen (neue Bauten, neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen) ausgewiesen, da der Nachweis des Kaufs und Verkaufs von gebrauchten Anlagen zwischen den Wirtschaftsbereichen und den Bundesländern aus statistischen Gründen nicht möglich ist.



Die Bauinvestitionen umfassen Bauleistungen an Gebäuden und sonstigen Bauten, wie beispielsweise Straßen, Brücken, Tunnel, Flugplätze, Kanäle, Staudämme, Montagebauten, Versorgungs- und Rohrfernleitungen, Sportplätze oder Parks.

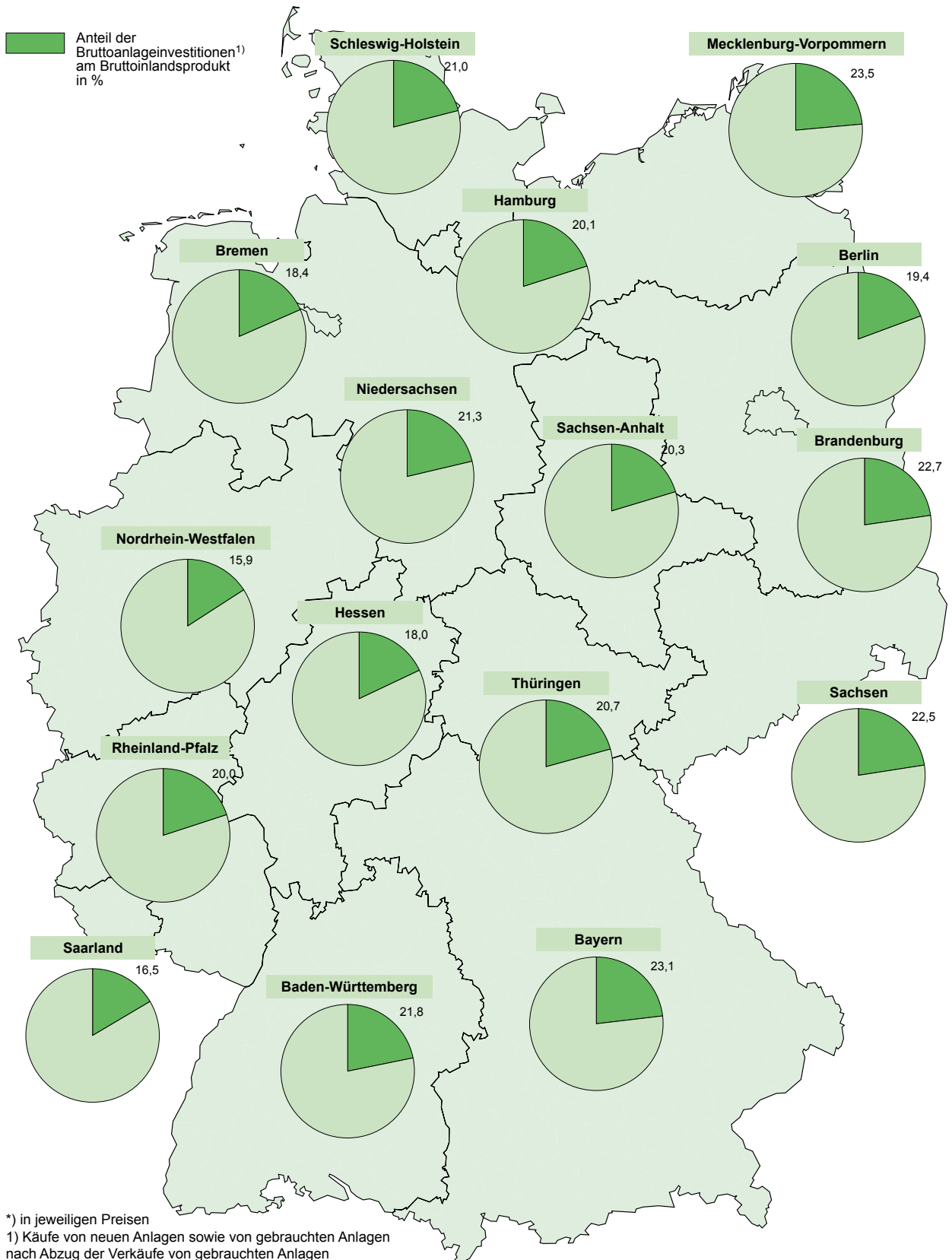
Die Ausrüstungsinvestitionen umfassen Maschinen, maschinelle Anlagen, Fahrzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattungen sowie ähnliche Anlagegüter, die nicht fest mit Bauten verbunden sind.

Zu den sonstigen Anlagen zählen die Investitionen in geistiges Eigentum (Computersoftware und Datenbanken, Forschung und Entwicklung, Urheberrechte, Suchbohrungen) sowie Nutztiere und Nutzpflanzungen. In der Länderrechnung werden die sonstigen Anlagen nicht getrennt nachgewiesen, sondern nur zusammen mit den Ausrüstungen.

Zur Ermittlung der Bruttoanlageinvestitionen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen werden die verschiedensten Quellen der amtlichen und nichtamtlichen Statistik herangezogen, da es mit Ausnahme der Dienstleistungsstatistik keine Datenquelle gibt, die laufende und mehrere Wirtschaftsbereiche überdeckende Ergebnisse zu den Bruttoanlageinvestitionen liefert.

Hauptpfeiler der Berechnungen stellen die Investitionserhebungen dar. Für die Bereiche, in denen der Staat Investitionen tätigt, dienen die Rechnungsstatistik der Länder- und Kommunalfinanzen sowie der Bundeshaushaltsplan als Datengrundlage. Für die Bauinvestitionen wird weitgehend die Bautätigkeitsstatistik verwendet. Darüber hinaus werden auch Geschäftsberichte von Unternehmen ausgewertet.

Bruttoanlageinvestitionen zum Bruttoinlandsprodukt*) (Investitionsquote) 2012 nach Bundesländern



© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Grafik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stellt einen besonders aussagefähigen Indikator für den (monetären) „Wohlstand“ der Bevölkerung dar und ist als der Betrag zu verstehen, der den in einer bestimmten Region lebenden Menschen für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung steht. Das Verfügbare Einkommen ergibt sich aus den empfangenen Primäreinkommen nach Abzug der geleisteten laufenden Transfers und nach Hinzufügung der empfangenen laufenden Transfers.

Das Primäreinkommen setzt sich zusammen aus dem empfangenen Arbeitnehmerentgelt, den Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit (hierzu zählen auch unterstellte Mieten für selbst genutztes Wohneigentum) und dem positiven Saldo aus empfangenen und geleisteten Vermögenseinkommen. Es stellt allgemein den weitest gefassten Einkommensbegriff dar. Das Arbeitnehmerentgelt schließt neben den empfangenen Bruttolöhnen und -gehältern der Arbeitnehmer sowie den tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträgen der Arbeitgeber alle Zulagen mit ein, wie z.B. Akkord-, Schicht-, Schmutz-, Essens-, Wohnungs-, Fahrtkostenzulagen, außerdem Jahressonderzuwendungen wie 13. Monatsgehalt, Urlaubsgeld, Gratifikationen, Gewinnbeteiligungen oder Abfindungen. Bei den Primäreinkommen mit einbezogen ist zudem auch der (fiktiv erzielte) Betriebsüberschuss aus der Eigennutzung von Wohneigentum, ebenso wie der (realisierte) Betriebsüberschuss aus der Vermietung und Verpachtung.

Zu den (von privaten Haushalten) geleisteten laufenden Transfers zählen insbesondere die direkten Steuern, wie die Lohn- und Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, die (frühere) Vermögensteuer sowie auch Steuern in Zusammenhang mit dem privaten Verbrauch (z.B. Kfz-Steuer, Gemeindesteuern, Hunde-, Jagd- und Fischereisteuer), weiterhin die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer, der Selbstständigen sowie die vom Staat für Nichterwerbstätige übernommenen Beiträge. Enthalten sind auch bestimmte unterstellte Sozialbeiträge, welche im System der VGR aus Konsistenzgründen als Gegenwert von sozialen Leistungen verbucht werden müssen, da ihnen keine speziellen Deckungsmittel oder Beiträge Dritter gegenüberstehen (zum Beispiel im Rahmen der Beamtenversorgung), sowie eine Reihe weiterer dem Betrag nach weniger bedeutender Transfers. Die von privaten Haushalten empfangenen laufenden Transfers umfassen in weit überwiegendem Umfang monetäre Sozialleistungen. Die weitaus größte Position stellen dabei die Geldleistungen der Rentenversicherung (Arbeiter, Angestellte, Knappschaft, ab 2003 Deutsche Rentenversicherung) dar. Von erheblicher Bedeutung sind jedoch auch die Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung sowie der Arbeitslosen- und Sozialhilfe wie auch seit dem Jahr 2005 die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II, die öffentlichen Pensionen und auch das Kindergeld. Weiterhin zählen zu den empfangenen Transfers z.B. auch die Leistungen von Schadensversicherungen zur Regulierung von Schadensfällen (Private Krankenversicherung sowie Kfz-Haftpflicht, Kfz-Unfall, Feuer, Einbruch, Leitungswasser, Glas, Hausrat, Rechtsschutz usw.) sowie Geldleistungen der gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Pflegeversicherung, Wohngeld, Erzie-

hungsgeld, Elterngeld, Ausbildungsbeihilfen, Kriegsoferversorgung und ähnliche finanzielle Unterstützungsleistungen.

Die Einkommen der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck werden in den Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen allgemein nur zusammengefasst dargestellt, da die statistischen Daten angesichts der engen monetären Verflechtung beider Sektoren für eine getrennte Darstellung nicht ausreichen. Allerdings kommt den privaten Organisationen nur ein relativ geringes Gewicht zu, sodass zur Vereinfachung häufig nur vom Haushaltssektor bzw. von den privaten Haushalten gesprochen wird, obwohl die privaten Organisationen sachlich miteinbezogen sind.

Für Regionalvergleiche wird im Allgemeinen das Verfügbare Einkommen je Einwohner herangezogen. Mit der Wohnbevölkerung als Bezugsgröße wird der heterogenen Zusammensetzung des komplexen Einkommensbegriffs am besten Rechnung getragen, da sich dessen Einzelkomponenten (z.B. die verschiedenen sozialen Leistungen) jeweils auf ganz bestimmte Bevölkerungsgruppen beziehen und aufgrund der Vielgestaltigkeit unseres Gesellschaftssystems schließlich jedes seiner Mitglieder in irgendeiner Weise als Bezieher von Erwerbs-, Vermögens- oder Transfereinkommen in Erscheinung tritt oder zumindest grundsätzlich in Betracht kommt. Dennoch ist die Wohnbevölkerung als Bezugsgröße nicht ganz unproblematisch, da natürlich das soziografische Gefüge der Bevölkerung maßgeblich auch deren (durchschnittliches) Einkommensniveau beeinflusst. Im Hinblick auf die Höhe der (absoluten) Erwerbseinkommen seien vor allem die Erwerbsbeteiligung und die Erwerbstätigenstruktur (in Abhängigkeit von Qualifikation und Wirtschaftsstruktur) als maßgebliche Faktoren genannt. Für die Höhe der Abgabenbelastung und der sogenannten Transfereinkommen und entsprechend auch des Verfügbaren Einkommens sind des Weiteren vielerlei andere Gesichtspunkte von Belang, so z. B. die Altersstruktur und Haushaltsgröße, die Arbeitsmarktsituation, die (primäre) Einkommensverteilung und unzählige andere, teils persönliche Bestimmungsfaktoren. Aufgrund der bestehenden Rückkopplungseffekte zwischen demografischer Struktur und Einkommenshöhe erklären sich die Unterschiede in den Pro-Kopf-Einkommen also nicht allein durch die Diskrepanz von erzielten Primär- und Transfereinkommen, sondern auch durch „Struktureffekte“ innerhalb der Bezugsgröße, also der jeweiligen Wohnbevölkerung.

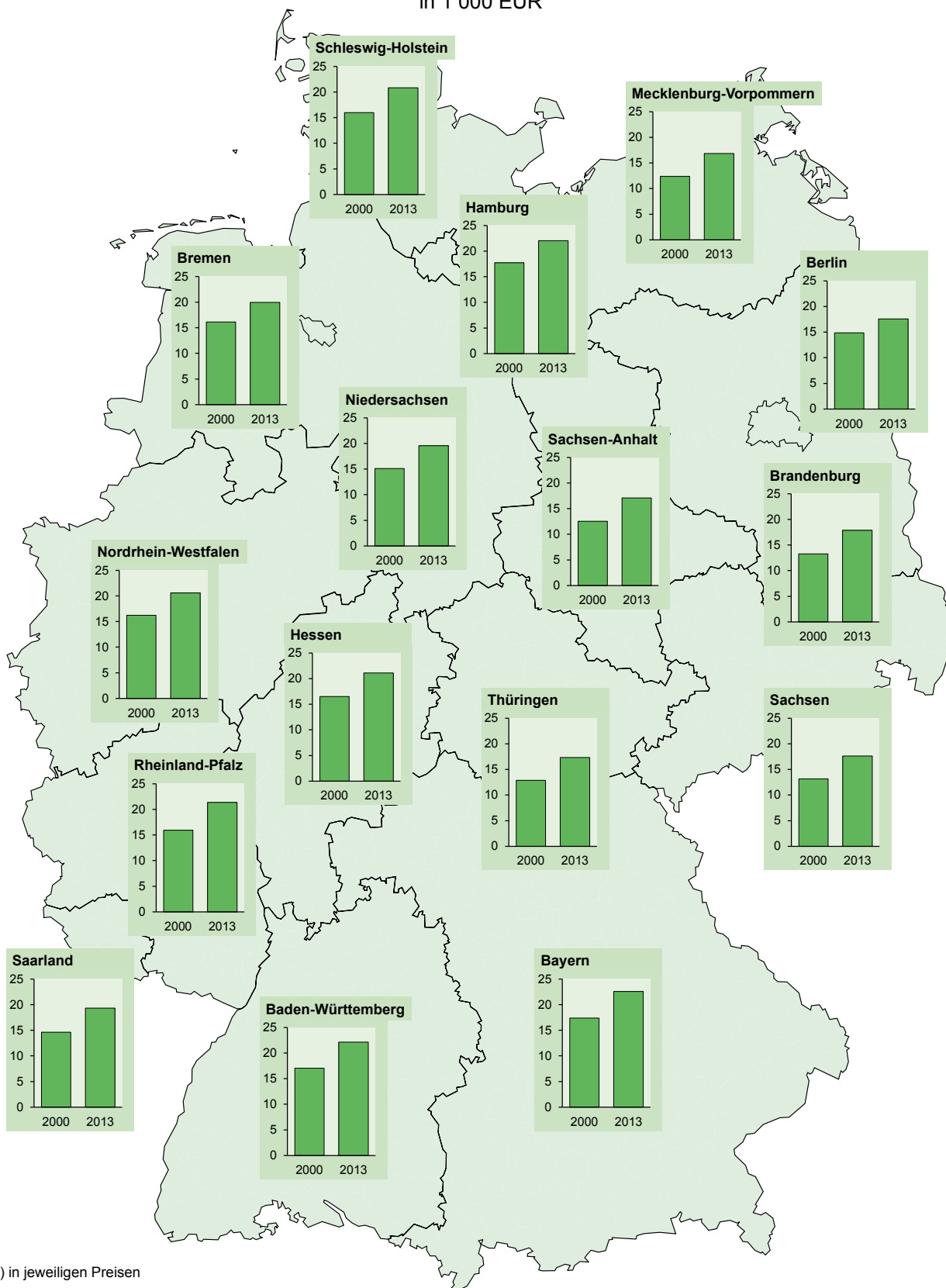
Definition des Verfügbaren Einkommens

Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist der Betrag, der den in einer bestimmten Region lebenden Menschen für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung steht. Das Verfügbare Einkommen errechnet sich wie folgt:

Primäreinkommen

+	empfangene monetäre Sozialleistungen
+	empfangene sonstige laufende Transfers
–	geleistete Einkommen- und Vermögensteuern
–	geleistete Sozialbeiträge
–	geleistete sonstige laufende Transfers
=	Verfügbares Einkommen

Verfügbares Einkommen*) je Einwohner 2013 gegenüber 2000 nach Bundesländern in 1 000 EUR



*) in jeweiligen Preisen

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Grafik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte

Konsumausgaben werden sowohl für die privaten Haushalte (einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) berechnet als auch für den Staat. Im Folgenden werden zunächst – wenn nicht abweichend bezeichnet – nur die Konsumausgaben der privaten Haushalte erläutert.

Die Konsumausgaben entsprechen dem Wert der Waren und Dienstleistungen, die die „Inländer“ (das heißt Haushalte mit Wohnsitz in der betrachteten Region) zur Befriedigung individueller Bedürfnisse erwerben. Neben den tatsächlichen Käufen sind darin auch unterstellte Käufe enthalten. Hierzu zählen in Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit produzierte und im privaten Haushalt des Unternehmers verwendete Erzeugnisse, Dienstleistungen der häuslichen Bediensteten (in Höhe der gezahlten Löhne), die Eigennutzung von Wohnungen (in Höhe der unterstellten Miete), Naturaleinkommen (Deputate) der Arbeitnehmer sowie Aufwendungen für die Verpflegung der Bundeswehr. Von den Prämien an Versicherungsunternehmen geht nur das hierin enthaltene Dienstleistungsentgelt in die Konsumausgaben ein. Die Verkäufe zwischen privaten Haushalten in ihrer Eigenschaft als Konsumenten haben nach den Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen keinen Einfluss auf die Höhe ihrer Konsumausgaben.

Nicht zu den Konsumausgaben der privaten Haushalte, sondern zu den Vorleistungen werden alle Ausgaben von Arbeitgebern für ihre Arbeitnehmer auf Geschäfts- und Dienstreisen gerechnet. Sofern von Selbstständigen gekaufte Güter sowohl in deren Betrieben als auch in ihrem Privatbereich verwendet werden können (zum Beispiel elektrischer Strom, Personenkraftwagen), werden die Käufe auf Vorleistungen bzw. Anlageinvestitionen einerseits und Konsumausgaben andererseits aufgeteilt. Ausgeschlossen aus den Konsumausgaben der privaten Haushalte sind ferner alle Aufwendungen der Eigentümer von Mietwohnungen und Eigenheimen für Reparaturen, die normalerweise vom Vermieter auszuführen sind. Sie gelten als Vorleistungen des Wirtschaftsbereichs Wohnungsvermietung. In diesen

Konsumausgaben nicht enthalten sind die Aufwendungen der Sozialversicherung und der Sozialhilfe für Medikamente sowie für Arzt-, Krankenhaus- und Pflegeleistungen, die zu den Konsumausgaben des Staates zählen.

Die Privaten Konsumausgaben umfassen neben den Käufen der privaten Haushalte auch die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (Kirchen, Gewerkschaften, politische Parteien, karitative Organisationen, wissenschaftliche Gesellschaften, Sportvereine usw.). Deren Konsumausgaben sind der Teil der Produktionsleistungen dieser Organisationen, der nicht an andere Sektoren (Staat, private Haushalte, Kapitalgesellschaften) verkauft oder als selbst erstellte Anlage genutzt wird. Bei den Verkäufen an den Staat handelt es sich in erster Linie um Verkäufe der Sozialeinrichtungen an die Sozialversicherung. Bei den Verkäufen an private Haushalte sind es insbesondere deren Ausgaben für die Pflege und die Unterbringung in Heimen und für den Unterricht in Schulen dieser Organisationen.

Das Sparen der privaten Haushalte ist der Teil des verfügbaren Einkommens, der nicht konsumiert wird, zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. Die Berücksichtigung der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche hat den Zweck, in der Ersparnis die Veränderung der Alterssicherungsansprüche einzubeziehen, auf die ein fester Anspruch besteht und die durch Prämien- und Beitragszahlungen entstehen.

Die Relation aus Sparen und Verfügbarem Einkommen, letzteres erhöht um die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche, wird als Sparquote bezeichnet.

Nach internationalen Konventionen werden die Konsumausgaben der privaten Haushalte einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck sowie das Sparen als Verwendungsaggregat des Bruttoinlandsprodukts nach dem Inländerkonzept ausgewiesen, das heißt die Ausgaben der Inländer in der übrigen Welt sind einbezogen, nicht dagegen die Ausgaben der Gebietsfremden im Inland.

Ausgangspunkt der Berechnungen zu den Konsumausgaben der privaten Haushalte ist das verfügbare Einkommen, das den privaten Haushalten letztendlich zufließt und das sie für Konsum- und Sparzwecke verwenden können. Zur Ermittlung der Konsumausgaben werden insbesondere regional vorhandene Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS), des Mikrozensus und der Bevölkerungsstatistik herangezogen.

Werden die Konsumausgaben der privaten Haushalte auf die Einwohnerzahl der Region bezogen, so ist die gleiche Problematik wie beim verfügbaren Einkommen je Einwohner (zum Beispiel Altersstruktur und Haushaltsgröße) zu beachten.

Definitionen zu „Konsum“ und „Sparen“ der privaten Haushalte

Konsum

Die Konsumausgaben entsprechen dem Wert der Waren und Dienstleistungen, die inländische private Haushalte zur Befriedigung individueller Bedürfnisse erwerben. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch unterstellte Käufe enthalten.

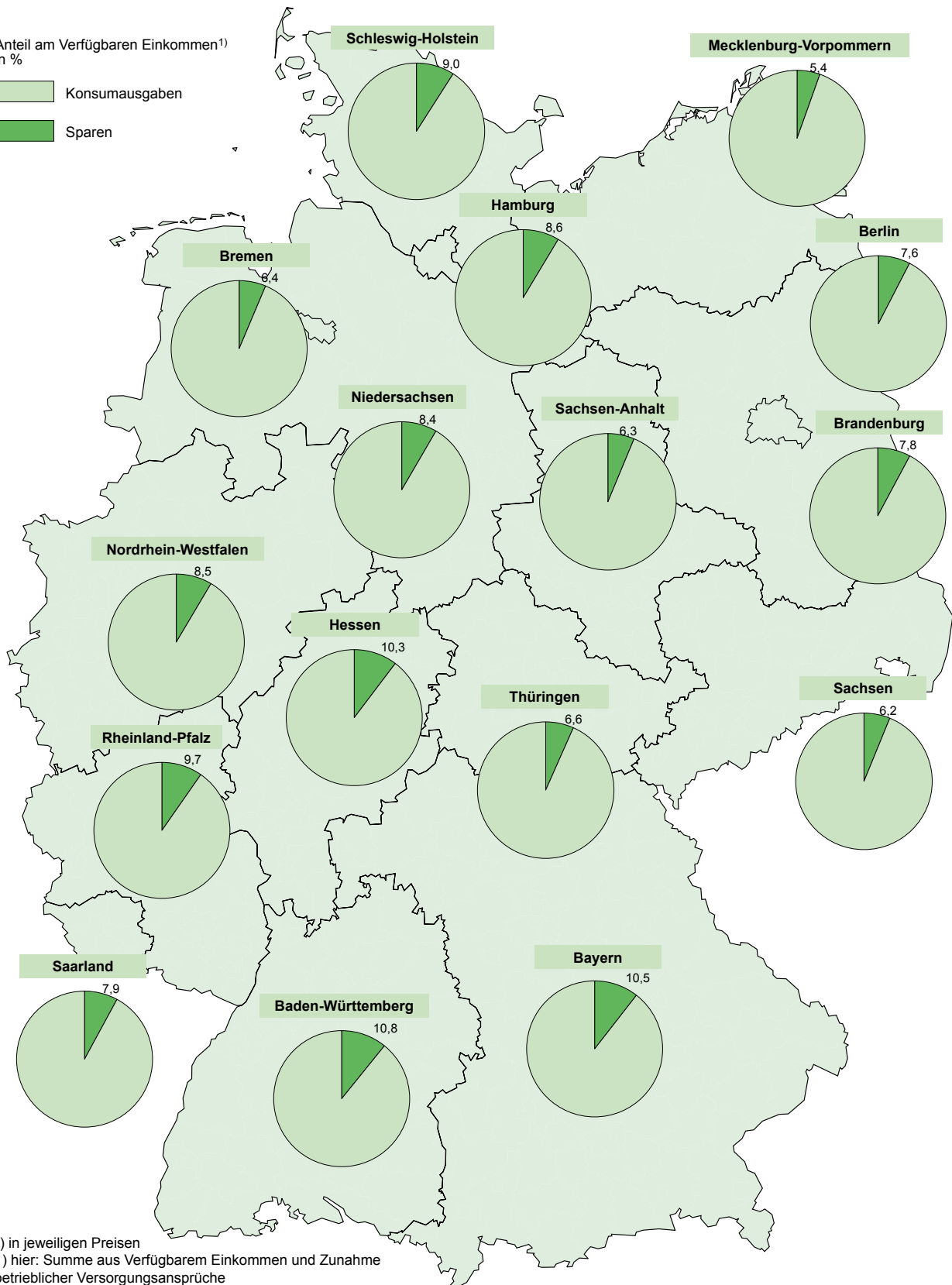
Sparen

Das Sparen der privaten Haushalte ist der Teil ihres verfügbaren Einkommens, der nicht konsumiert wird, zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte*) 2013 nach Bundesländern

Anteil am Verfügbaren Einkommen¹⁾
in %

 Konsumausgaben
 Sparen



*) in jeweiligen Preisen

1) hier: Summe aus Verfügbarem Einkommen und Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Grafik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Veröffentlichungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der

Zeitpunkt	März 15	April 15	Mai 15
Anfang		Kostenlose Veröffentlichungen abrufbar unter www.vgrdl.de:  Globale Indikatoren auf Länderebene (als HTML-Datei)  Gemeinschaftsveröffentlichungen: (tiefergehendes Datenmaterial im kostenlosen Download als Excel-Dateien)  Broschüre bzw. Faltblatt (als PDF-Datei im kostenlosen Download) Hinweise: Weitere Veröffentlichungen in Form von Statistischen Berichten durch die jeweiligen Statistischen Ämter der Länder. Die Berechnung der Erwerbstätigenzahlen obliegt dem Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR).	
Mitte			
Ende	Arbeitnehmerentgelt Bruttolöhne und -gehälter Länderergebnisse 2000 – 2014 	Bruttoinlandsprodukt Länderergebnisse Bruttowertschöpfung 2000 – 2014 	Bruttoanlage- investitionen Länderergebnisse 2000 – 2012 
	Arbeitnehmerentgelt Bruttolöhne und -gehälter Arbeitnehmer 2000 – 2014	Bruttoinlandsprodukt Erwerbstätige 2000 – 2014 Einwohner 1991 – 2013	Bruttoanlage- investitionen 2000 – 2012 
	Arbeitsvolumen (Arbeitnehmer) 2008 – 2014 	Arbeitsvolumen (Erwerbstätige) 2008 – 2014 	Konsumausgaben des Staates 2000 – 2012 

Länder“ 2015

Juni 15	Juli 15	August 15	September 15
Primäreinkommen der privaten Haushalte 2000 – 2013  Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2000 – 2013 		Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts Länderergebnisse 2000 – 2014  Faltblatt „Gesamtwirtschaftliche Ergebnisse im Bundesländervergleich 2015“ 	
Private Konsumausgaben Sparen Sparquote 2000 – 2013 			Bruttoinlandsprodukt 1. Halbjahr 2015 (Berechnungsstand August 2015; Veränderungsraten) 

Oktober 15	November 15	Dezember 15
		Broschüre „Zusammenhänge, Bedeutung und Ergebnisse – Ausgabe 2015“ 
		Bruttoinlandsprodukt Bruttowertschöpfung Kreisergebnisse 2000 – 2013  Einkommen der privaten Haushalte Kreisergebnisse 2000 – 2013 
	Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter Kreisergebnisse 2000 – 2013 	

Anschriftenverzeichnis der Mitglieder des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart
Telefon 0711 641 - 26 50
Telefax 0711 641 - 24 79
vgr@stala.bwl.de

Bayerisches Landesamt
für Statistik
St.-Martin-Straße 47
81541 München
Telefon 089 2119 - 33 94
Telefax 089 2119 - 1 33 94, - 1 33 77
vgr@statistik.bayern.de

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Standort Berlin
Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin
Telefon 030 9021 - 37 40
Telefax 030 9021 - 37 75
vgr@statistik-bbb.de

Statistisches Landesamt Bremen
An der Weide 14 – 16
28195 Bremen
Telefon 0421 361 - 21 42
Telefax 0421 361 - 64 80
vgr@statistik.bremen.de

Statistisches Amt
Mecklenburg-Vorpommern
Lübecker Straße 287
19059 Schwerin
Telefon 0385 588 - 5 60 41
Telefax 0385 588 - 5 69 73
vgr@statistik-mv.de

Hessisches Statistisches Landesamt
Rheinstraße 35/37
65185 Wiesbaden
Telefon 0611 3802 - 8 25
Telefax 0611 3802 - 8 90
vgr@statistik.hessen.de

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Standort Hamburg
Steckelhörn 12
20457 Hamburg
Telefon 040 42831 - 18 30
Telefax 040 4279 - 6 43 20
vgr-hh@statistik-nord.de

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein Standort Kiel
Fröbelstraße 15 – 17
24113 Kiel
Telefon 0431 6895 - 91 96
Telefax 0431 6895 - 94 98
vgr-sh@statistik-nord.de

Landesamt für Statistik
Niedersachsen
Göttinger Chaussee 76
30453 Hannover
Telefon 0511 9898 - 13 14
Telefax 0511 9898 - 43 21
vgr@statistik.niedersachsen.de

Information und Technik NRW
Geschäftsbereich Statistik
Mauerstraße 51
40476 Düsseldorf
Telefon 0211 9449 - 29 59
Telefax 0211 44 20 06
vgr@it.nrw.de

LZD – Statistisches Amt Saarland
Virchowstraße 7
66119 Saarbrücken
Telefon 0681 501 - 59 48
Telefax 0681 501 - 58 74
vgr.statistik@lzd.saarland.de

Statistisches Landesamt
Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14 – 16
56130 Bad Ems
Telefon 02603 71 - 46 60
Telefax 02603 71 - 39 80
werner.kertels@statistik.rlp.de

Statistisches Landesamt
des Freistaates Sachsen
Garnisonsplatz 13
01917 Kamenz
Telefon 03578 33 - 34 00
Telefax 03578 33 - 34 98
akvgr@statistik.sachsen.de

Statistisches Landesamt
Sachsen-Anhalt
Merseburger Straße 2
06112 Halle
Telefon 0345 2318 - 3 05
Telefax 0345 2318 - 9 23
buggisch@stala.mi.sachsen-anhalt.de

Thüringer Landesamt für Statistik
Europaplatz 3
99091 Erfurt
Telefon 0361 3784 - 2 10
Telefax 0361 3784 - 6 99
vgr@statistik.thueringen.de

Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden
Telefon 0611 75 - 29 97
Telefax 0611 75 - 39 52
vgr-entstehung@destatis.de

Bürgeramt, Statistik und Wahlen
Zeil 3
60313 Frankfurt am Main
Telefon 069 212 - 3 34 22
Telefax 069 212 - 3 63 01
VGR.statistik12@stadt-frankfurt.de

Länderübergreifende Datenanfragen, die über den unter www.vgrdl.de dargestellten Umfang an regionalen VGR-Daten hinausgehen, richten Sie bitte an die Federführung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ unter vgr@stala.bwl.de.

Wirtschaftszweiggliederung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach WZ 2008

Wirtschaftszweiggliederung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach WZ 2008

Abteilungen	A*38	A*21	A*10	A*10 mit Zusammenfassungen	A*3
01 bis 03	AA Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
05 bis 09	BA Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden			
10 bis 12	CA Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln; Getränkeherstellung; Tabakverarbeitung				
13 bis 15	CB Herstellung von Textilien, Bekleidung, Leder, Lederwaren und Schuhen				
16 bis 18	CC Herstellung von Holzwaren, Papier und Druckerzeugnissen				
19	CD Kokerei und Mineralverarbeitung				
20	CE Herstellung von chemischen Erzeugnissen				
21	CF Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen				
22 + 23	CG Herstellung von Gummi-, Kunststoff- und Glaswaren, Keramik u.Ä.				
24 + 25	CH Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	C Verarbeitendes Gewerbe	B - E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe darunter C Verarbeitendes Gewerbe	B - E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe darunter C Verarbeitendes Gewerbe	B - F Produzierendes Gewerbe
26	CI Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen				
27	CJ Herstellung von elektrischen Ausrüstungen				
28	CK Maschinenbau				
29 + 30	CL Fahrzeugbau				
31 bis 33	CM Herstellung von Möbeln, sonstigen Waren, Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen				
35	DA Energieversorgung				
36 bis 39	EA Wasserversorgung, Entsorgung u.Ä.				
41 bis 43	FA Baugewerbe		F Baugewerbe	F Baugewerbe	
45 bis 47	GA Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	G - I Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe	G - J Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	
48 bis 53	HA Verkehr und Lagerei	H Verkehr und Lagerei			
55 + 56	IA Gastgewerbe	I Gastgewerbe			
59 bis 60	JA Verlagswesen, audiovisuelle Medien und Rundfunk				
61	JB Telekommunikation	J Information und Kommunikation	J Information und Kommunikation		
62 + 63	JC Informations- und elektronische Dienstleistungen				
64 bis 66	KA Finanz- und Versicherungsdienstleister	K Finanz- und Versicherungsdienstleister	K Finanz- und Versicherungsdienstleister	K - N Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen	
68	LA Grundstücks- und Wohnungswesen	L Grundstücks- und Wohnungswesen	L Grundstücks- und Wohnungswesen		
69 bis 71	MA Freiberufliche und technische Dienstleister	M Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister	M - N Unternehmensdienstleister		
72	MB Forschung und Entwicklung				
73 bis 75	MC Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister				
77 bis 82	NA Sonstige Unternehmensdienstleister	N Sonstige Unternehmensdienstleister			
84	OA Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	O - Q Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit		
85	PA Erziehung und Unterricht	P Erziehung und Unterricht			
86	QA Gesundheitswesen	Q Gesundheits- und Sozialwesen			
87 + 88	QB Heime und Sozialwesen				
90 bis 93	RA Kunst, Unterhaltung und Erholung	R Kunst, Unterhaltung und Erholung			
94 bis 96	SA Sonstigen Dienstleister a.n.g.	S Sonstige Dienstleister a.n.g.	R - T Kunst, Unterhaltung und Erholung; Sonstige Dienstleister, Private Haushalte mit Hauspersonal		
97 + 98	TA Private Haushalte mit Hauspersonal, Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	T Private Haushalte mit Hauspersonal, Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt			
Gesamte Volkswirtschaft (Summe der Bereiche)					G - T Dienstleistungsbereiche

Tabellenanhang

Ausgewählte Indikatoren im Zeitvergleich

Auszug aus dem Veröffentlichungsprogramm des Arbeitskreises
„Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Tiefer gegliederte Ergebnisse – nach Wirtschaftsbereichen sowie Kreisergebnisse –
bietet der Arbeitskreis im Internet unter www.vgrdl.de zum kostenlosen Download an.

Hinweise:

Die Ergebnisse der VGR-Revision 2014 zum Berechnungsstand August 2014 bzw. November 2014/Februar 2015 liegen derzeit nur ab dem Jahr 2000 vor und werden erst zu einem späteren Zeitpunkt für die gesamte Zeitreihe bis 1991 zurück verfügbar sein.

Die neuen Bevölkerungszahlen auf Basis des Zensus 2011 werden – sobald verfügbar – in die Zeitreihen integriert. Die hier verwendeten Angaben zu den Einwohnern basieren auf Daten der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage früherer Zählungen.

1. Wirtschaftswachstum*) seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in %									
1991	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1992	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1993	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1994	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1995	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1996	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1997	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1998	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1999	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2000	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2001	3,2	2,9	– 0,2	0,4	1,9	5,5	2,3	– 0,8	– 0,4
2002	– 0,9	1,0	– 1,5	0,3	1,8	0,8	– 1,4	0,8	– 1,6
2003	– 0,3	– 1,6	– 2,3	– 0,1	0,9	– 2,2	0,5	– 0,2	– 0,6
2004	0,3	2,1	– 1,2	1,7	0,2	0,5	– 0,0	1,0	1,7
2005	0,6	1,3	1,7	0,8	0,9	1,6	0,3	– 0,2	1,2
2006	6,1	3,8	3,3	3,0	4,2	1,8	3,3	1,6	3,7
2007	3,9	3,4	3,4	1,8	1,8	2,1	2,8	4,4	2,9
2008	0,3	0,2	4,0	2,1	0,5	3,4	0,7	1,6	1,9
2009	– 9,0	– 4,5	– 1,4	– 2,8	– 8,8	– 5,0	– 7,6	– 0,8	– 5,1
2010	7,5	4,8	3,0	3,1	4,7	2,0	3,2	– 0,0	4,9
2011	4,8	5,7	3,7	0,9	2,3	0,9	2,7	1,6	4,3
2012	0,3	1,1	– 0,3	0,5	2,9	– 0,2	– 1,0	– 0,9	0,4
2013	0,3	0,8	0,2	– 0,2	– 0,8	0,2	0,7	– 0,6	0,4
2014	2,4	1,8	2,2	0,9	0,7	1,6	1,4	1,6	1,3

*) Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: November 2014/Februar 2015.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in %

.	.	.	.	.	.	.	.	1991
...	...	...	...	...	...	...	...	1992
...	...	...	...	...	...	...	...	1993
...	...	...	...	...	...	...	...	1994
...	...	...	...	...	...	...	...	1995
...	...	...	...	...	...	...	...	1996
...	...	...	...	...	...	...	...	1997
...	...	...	...	...	...	...	...	1998
...	...	...	...	...	...	...	...	1999
...	...	...	...	...	...	...	...	2000
1,3	– 1,4	1,9	1,6	– 0,7	1,4	0,8	1,7	2001
0,4	1,2	– 1,3	2,4	2,6	– 1,8	0,5	0,0	2002
– 1,2	– 0,4	– 0,3	1,2	– 0,2	– 0,1	1,4	– 0,7	2003
1,3	2,5	3,0	1,8	0,9	1,7	1,6	1,2	2004
0,5	– 0,0	3,4	– 0,5	– 0,7	0,2	– 0,3	0,7	2005
2,9	3,5	2,9	4,3	3,4	2,8	3,5	3,7	2006
3,9	2,6	2,3	3,2	2,4	1,6	2,8	3,3	2007
1,4	0,6	0,3	– 0,0	0,2	2,7	– 0,3	1,1	2008
– 5,3	– 4,6	– 10,6	– 4,2	– 5,3	– 3,7	– 5,1	– 5,6	2009
2,5	4,8	5,2	3,1	4,5	0,8	4,7	4,1	2010
2,7	3,4	4,7	3,1	– 1,0	2,3	4,1	3,6	2011
0,1	0,7	– 0,9	0,8	1,8	2,7	0,1	0,4	2012
– 0,6	– 0,4	– 1,6	0,6	– 0,8	– 0,3	– 0,4	0,1	2013
1,3	1,1	1,3	1,9	0,4	1,7	1,6	1,6	2014

2. Bruttoinlandsprodukt – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Bruttoinlandsprodukt in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)									
1991	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1992	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1993	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1994	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1995	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1996	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1997	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1998	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1999	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2000	308 669	358 096	85 042	44 665	22 317	77 757	194 243	29 474	183 946
2001	322 649	371 928	85 865	45 776	23 121	82 203	201 322	29 931	187 180
2002	325 000	381 059	85 999	46 366	23 775	83 630	202 431	30 209	186 021
2003	327 940	377 770	85 202	46 717	24 382	83 912	207 568	30 448	186 832
2004	331 920	390 045	85 156	47 959	24 615	85 764	210 276	30 938	191 714
2005	335 449	396 308	86 937	48 721	25 049	87 715	211 859	31 111	195 982
2006	356 056	412 203	90 150	50 837	26 214	88 969	218 630	31 926	204 649
2007	376 227	432 726	94 474	53 017	27 207	92 192	227 403	33 728	213 606
2008	380 323	436 011	99 033	54 886	27 618	95 062	230 335	34 684	219 452
2009	354 593	425 750	99 003	53 674	25 264	91 274	219 064	34 320	209 955
2010	383 637	449 125	103 077	56 053	26 844	94 570	226 899	35 200	222 710
2011	405 073	478 591	108 082	57 733	27 811	95 915	235 065	36 419	235 614
2012	412 341	490 892	109 470	58 890	29 036	97 577	236 493	36 605	240 484
2013	420 819	504 282	112 336	60 344	29 419	99 468	242 652	37 312	246 639
2014	438 267	521 932	117 271	61 897	30 236	103 145	250 494	38 477	253 623

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: November 2014/Februar 2015.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Bruttoinlandsprodukt in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)

...	...	...	...	...	...	...	...	1991
...	...	...	...	...	...	...	...	1992
...	...	...	...	...	...	...	...	1993
...	...	...	...	...	...	...	...	1994
...	...	...	...	...	...	...	...	1995
...	...	...	...	...	...	...	...	1996
...	...	...	...	...	...	...	...	1997
...	...	...	...	...	...	...	...	1998
...	...	...	...	...	...	...	...	1999
467 532	94 222	25 398	75 704	42 560	64 192	39 683	2 113 500	2000
478 219	94 550	25 934	78 118	43 184	66 142	40 688	2 176 810	2001
486 721	96 684	25 947	81 008	44 700	65 396	41 334	2 206 280	2002
486 847	97 248	26 191	82 669	44 993	66 193	42 138	2 217 050	2003
500 155	100 272	27 317	84 882	45 837	67 653	43 077	2 267 580	2004
507 123	100 944	28 667	84 781	45 888	68 138	43 149	2 297 820	2005
524 128	104 770	29 823	88 880	47 898	70 205	44 860	2 390 200	2006
556 563	109 524	31 269	93 030	50 142	72 094	46 910	2 510 110	2007
570 731	111 419	31 655	94 056	50 862	74 495	47 400	2 558 020	2008
548 928	108 524	28 624	91 200	48 642	72 346	45 500	2 456 660	2009
564 911	114 395	30 255	94 971	51 433	73 943	48 195	2 576 220	2010
588 133	119 825	32 048	99 307	52 028	76 584	50 872	2 699 100	2011
596 612	122 432	32 428	101 500	53 832	79 662	51 648	2 749 900	2012
606 098	124 247	32 570	104 717	54 693	81 291	52 593	2 809 480	2013
624 668	127 614	33 548	108 653	55 617	84 021	54 328	2 903 790	2014

3. Arbeitsproduktivität*) seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in EUR (in jeweiligen Preisen)									
1991	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1992	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1993	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1994	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1995	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1996	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1997	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1998	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1999	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2000	56 126	55 526	52 658	40 989	56 681	74 132	62 317	38 460	51 427
2001	58 163	57 344	53 813	43 028	58 512	77 863	64 374	39 978	52 573
2002	58 544	58 896	54 825	44 445	60 256	79 816	64 927	40 856	52 202
2003	59 635	59 118	55 122	45 477	62 280	81 040	67 489	41 937	52 705
2004	60 194	61 027	54 773	46 539	62 601	82 582	68 215	42 707	53 767
2005	60 706	61 741	55 848	47 605	63 793	83 690	68 863	43 012	55 124
2006	63 987	63 602	56 968	49 367	65 885	83 957	70 722	43 689	57 157
2007	66 448	65 508	58 460	50 471	67 278	84 974	72 599	45 285	58 617
2008	66 163	64 999	60 175	51 539	67 891	85 765	72 781	46 230	59 437
2009	62 088	63 279	59 229	49 801	62 507	81 289	69 019	45 444	56 411
2010	67 186	66 281	61 029	51 805	66 562	83 621	71 414	46 907	59 568
2011	69 855	69 290	63 326	53 286	67 995	83 533	72 965	49 143	61 923
2012	70 106	69 953	62 728	54 252	69 977	83 582	72 584	49 868	62 330
2013	70 784	71 209	63 331	55 776	70 630	84 309	74 160	51 127	63 459
2014	72 805	72 874	64 956	57 037	71 839	86 430	75 708	52 595	64 526

*) Bruttoinlandsprodukt – in jeweiligen Preisen – je Erwerbstätigen.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: November 2014/Februar 2015.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in EUR (in jeweiligen Preisen)

...	...	...	...	...	...	...	...	1991
...	...	...	...	...	...	...	...	1992
...	...	...	...	...	...	...	...	1993
...	...	...	...	...	...	...	...	1994
...	...	...	...	...	...	...	...	1995
...	...	...	...	...	...	...	...	1996
...	...	...	...	...	...	...	...	1997
...	...	...	...	...	...	...	...	1998
...	...	...	...	...	...	...	...	1999
54 334	52 171	49 154	37 827	39 721	50 118	36 759	52 947	2000
55 820	52 297	50 458	39 925	41 397	51 575	38 472	54 681	2001
57 037	53 198	50 659	41 845	43 586	51 380	39 885	55 672	2002
57 635	53 965	51 409	42 911	44 402	52 814	41 611	56 557	2003
58 870	55 094	53 230	44 017	45 309	53 962	42 266	57 645	2004
59 734	55 296	55 642	44 330	45 933	54 430	42 655	58 430	2005
61 411	56 923	57 977	45 933	47 405	55 644	43 971	60 305	2006
64 152	58 282	60 617	47 368	48 915	56 212	45 194	62 247	2007
64 917	58 402	61 113	47 639	49 307	57 332	45 400	62 611	2008
62 583	56 941	55 610	46 418	47 339	55 496	43 844	60 077	2009
64 315	59 965	58 544	48 078	50 002	56 674	46 096	62 804	2010
65 975	62 065	61 267	50 088	50 732	57 985	48 364	64 929	2011
66 300	62 919	61 945	50 751	52 731	59 963	49 048	65 422	2012
67 063	63 653	62 759	52 108	53 879	60 949	50 249	66 448	2013
68 752	64 853	64 473	53 745	55 137	62 593	51 845	68 081	2014

4. Arbeitnehmerentgelt (Inland) seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Arbeitnehmerentgelt in Mill. EUR (Inland)									
1991	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1992	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1993	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1994	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1995	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1996	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1997	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1998	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1999	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2000	165 862	186 258	47 061	24 328	11 622	35 372	98 452	16 344	95 024
2001	170 566	191 545	46 973	24 116	11 867	36 354	100 706	16 183	95 868
2002	172 259	193 117	46 554	24 144	11 884	36 648	101 889	16 260	96 419
2003	173 497	193 299	45 897	23 860	12 059	36 571	102 428	16 146	97 119
2004	173 725	193 970	45 793	23 809	12 001	36 761	102 053	16 073	96 983
2005	174 204	194 741	45 408	23 662	12 021	37 429	101 673	16 039	95 605
2006	178 373	199 010	45 883	23 942	12 352	38 189	103 821	16 165	98 129
2007	183 416	206 005	47 021	24 756	12 654	39 364	107 275	16 655	99 974
2008	189 489	214 826	48 768	25 578	13 143	41 153	111 783	17 104	103 102
2009	185 880	214 546	49 927	26 149	13 164	42 142	111 139	17 543	105 088
2010	192 038	222 486	51 710	26 934	13 399	42 850	113 072	17 923	108 184
2011	201 139	233 122	53 947	27 891	13 914	44 380	117 572	18 416	113 080
2012	209 746	243 560	56 060	28 443	14 431	46 380	120 802	18 961	117 525
2013	216 649	251 279	58 172	29 156	14 856	47 879	123 865	19 190	121 240
2014	224 061	261 936	60 774	30 136	15 333	50 339	128 326	20 000	126 112

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: November 2014/Februar 2015.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Arbeitnehmerentgelt in Mill. EUR (Inland)

...	...	...	...	...	...	...	...	1991
...	...	...	...	...	...	...	...	1992
...	...	...	...	...	...	...	...	1993
...	...	...	...	...	...	...	...	1994
...	...	...	...	...	...	...	...	1995
...	...	...	...	...	...	...	...	1996
...	...	...	...	...	...	...	...	1997
...	...	...	...	...	...	...	...	1998
...	...	...	...	...	...	...	...	1999
254 076	49 791	14 633	43 345	22 784	32 923	22 651	1 120 526	2000
256 356	50 429	15 076	43 115	22 507	33 414	22 655	1 137 729	2001
257 976	50 696	14 873	43 145	22 551	33 589	22 753	1 144 758	2002
257 293	50 990	14 935	43 489	22 479	33 431	22 724	1 146 217	2003
258 561	51 258	15 147	43 618	22 542	33 149	22 979	1 148 422	2004
257 951	51 018	15 145	42 928	22 276	32 930	22 846	1 145 877	2005
259 446	51 835	15 263	43 825	22 655	33 125	23 273	1 165 287	2006
265 030	53 168	15 557	45 156	23 115	33 994	23 931	1 197 070	2007
275 190	54 853	15 652	46 873	24 079	34 934	24 745	1 241 273	2008
277 067	55 600	15 408	47 251	24 692	35 335	24 732	1 245 663	2009
284 327	56 865	16 072	48 980	25 528	36 047	25 547	1 281 963	2010
296 933	58 891	16 736	50 653	26 334	37 218	26 434	1 336 659	2011
308 863	60 830	17 030	52 277	27 040	38 285	27 394	1 387 626	2012
314 771	63 219	17 389	53 775	27 370	39 357	28 059	1 426 227	2013
324 311	65 653	17 822	55 786	28 224	40 480	29 488	1 478 783	2014

5. Lohnkosten*) seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in EUR (Inland)									
1991	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1992	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1993	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1994	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1995	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1996	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1997	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1998	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1999	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2000	33 494	32 944	32 561	24 792	31 798	37 301	35 119	23 161	29 491
2001	34 157	33 596	32 985	25 320	32 439	38 140	35 816	23 628	29 910
2002	34 508	33 963	33 382	25 920	32 653	38 852	36 397	24 202	30 112
2003	35 159	34 478	33 684	26 118	33 541	39 320	37 208	24 631	30 569
2004	35 192	34 687	33 713	26 150	33 546	39 440	37 114	24 707	30 426
2005	35 314	34 772	33 706	26 456	33 954	39 832	37 188	24 898	30 215
2006	35 948	35 205	33 584	26 637	34 396	40 351	37 798	24 910	30 822
2007	36 297	35 721	33 648	26 961	34 499	40 738	38 399	25 162	30 837
2008	36 845	36 621	34 199	27 510	35 347	41 565	39 430	25 630	31 292
2009	36 347	36 416	34 539	27 818	35 566	41 970	39 184	26 159	31 602
2010	37 515	37 446	35 422	28 498	36 309	42 499	39 858	26 890	32 378
2011	38 676	38 467	36 540	29 439	37 188	43 483	40 847	27 873	33 276
2012	39 714	39 448	37 056	29 919	37 975	44 567	41 443	28 756	34 120
2013	40 505	40 133	37 642	30 678	38 887	45 236	42 256	29 088	34 833
2014	41 278	41 236	38 528	31 569	39 665	46 889	43 185	30 191	35 728

*) Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland).

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: November 2014/Februar 2015.

Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
-------------------------	---------------------	----------	---------	--------------------	------------------------	-----------	-------------	------

Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in EUR (Inland)

...	...	...	...	...	...	...	...	1991
...	...	...	...	...	...	...	...	1992
...	...	...	...	...	...	...	...	1993
...	...	...	...	...	...	...	...	1994
...	...	...	...	...	...	...	...	1995
...	...	...	...	...	...	...	...	1996
...	...	...	...	...	...	...	...	1997
...	...	...	...	...	...	...	...	1998
...	...	...	...	...	...	...	...	1999
32 391	30 872	30 864	23 906	23 119	28 978	23 142	31 193	2000
32 850	31 259	31 854	24 374	23 549	29 431	23 733	31 783	2001
33 242	31 299	31 590	24 755	24 124	29 868	24 409	32 183	2002
33 596	31 785	32 090	25 225	24 445	30 231	25 020	32 676	2003
33 683	31 673	32 480	25 439	24 689	30 038	25 198	32 738	2004
33 768	31 526	32 476	25 461	24 867	29 997	25 333	32 818	2005
33 820	31 835	32 794	25 746	25 036	29 916	25 640	33 150	2006
33 979	32 031	33 143	26 055	25 125	30 212	25 900	33 440	2007
34 748	32 540	33 057	26 810	25 878	30 653	26 559	34 145	2008
35 008	32 929	32 793	27 192	26 537	30 839	26 805	34 215	2009
35 868	33 572	34 046	28 041	27 366	31 469	27 540	35 091	2010
36 915	34 324	34 974	28 921	28 336	32 178	28 368	36 103	2011
37 992	35 095	35 535	29 592	29 225	32 907	29 362	37 014	2012
38 475	36 220	36 512	30 236	29 698	33 608	30 104	37 707	2013
39 355	37 231	37 306	31 098	30 781	34 233	31 514	38 664	2014

6. Investitionsquote*) seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt in % (in jeweiligen Preisen)									
1991	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1992	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1993	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1994	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1995	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1996	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1997	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1998	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1999	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2000	21,4	24,5	21,0	37,7	18,2	16,5	18,5	35,3	23,6
2001	21,8	23,3	19,2	31,2	17,0	18,3	18,9	30,2	22,4
2002	20,8	21,9	16,4	27,5	16,9	19,7	17,3	26,1	21,2
2003	19,7	22,8	14,6	24,4	13,2	18,8	16,5	25,1	22,3
2004	20,3	21,8	15,9	24,2	15,5	22,2	16,6	24,9	19,8
2005	19,4	20,7	17,7	23,4	14,3	23,1	18,1	26,4	18,2
2006	20,4	24,0	17,3	23,6	15,0	23,8	17,5	27,1	18,7
2007	20,7	23,4	18,0	22,3	15,2	26,4	18,5	23,0	19,4
2008	21,3	23,5	17,3	22,7	15,3	27,3	20,1	23,5	18,6
2009	20,6	21,5	18,4	21,2	14,3	21,4	17,1	20,5	20,4
2010	19,8	21,7	18,9	21,1	14,7	24,5	17,9	22,1	19,6
2011	20,6	23,4	17,6	20,8	14,5	20,8	20,0	23,8	21,2
2012	21,8	23,1	19,4	22,7	18,4	20,1	18,0	23,5	21,3

*) Anteil der Bruttoanlageinvestitionen in jeweiligen Preisen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: November 2014.

Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
-------------------------	---------------------	----------	---------	--------------------	------------------------	-----------	-------------	------

Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt in % (in jeweiligen Preisen)

...	...	...	...	...	...	...	...	1991
...	...	...	...	...	...	...	...	1992
...	...	...	...	...	...	...	...	1993
...	...	...	...	...	...	...	...	1994
...	...	...	...	...	...	...	...	1995
...	...	...	...	...	...	...	...	1996
...	...	...	...	...	...	...	...	1997
...	...	...	...	...	...	...	...	1998
...	...	...	...	...	...	...	...	1999
19,9	24,0	23,6	35,7	34,0	22,9	34,3	23,0	2000
19,3	22,0	18,8	27,7	26,1	20,6	32,1	21,7	2001
17,4	21,9	19,1	23,3	23,3	18,4	26,6	20,1	2002
16,5	19,6	19,1	23,1	22,3	18,2	26,6	19,6	2003
15,9	18,9	16,0	23,6	22,5	17,3	22,7	19,2	2004
16,8	18,6	15,3	21,6	20,7	17,2	23,2	19,1	2005
16,2	19,2	16,3	21,1	19,2	19,5	23,6	19,7	2006
16,4	20,3	17,0	24,0	19,9	19,9	24,4	20,1	2007
16,3	20,0	16,7	22,3	19,9	19,8	26,4	20,3	2008
15,9	20,1	14,9	20,9	21,6	18,2	21,7	19,1	2009
15,8	19,4	17,9	22,7	20,4	20,9	19,9	19,3	2010
16,6	20,4	17,0	23,5	18,5	22,5	20,8	20,2	2011
15,9	20,0	16,5	22,5	20,3	21,0	20,7	20,0	2012

7. Kapitalstock*) seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Kettenindex (2010 = 100)									
1991	...	...	...	.	...	...	...	.	...
1992	...	...	...	.	...	...	...	.	...
1993	...	...	...	.	...	...	...	.	...
1994	...	...	...	.	...	...	...	.	...
1995	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1996	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1997	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1998	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1999	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2000	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2001	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2002	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2003	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2004	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2005	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2006	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2007	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2008	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2009	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2010	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2011	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2012	...	...	...	...	...	...	...	...	...

*) Bruttoanlagevermögen (Anlagen) am Jahresende (preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100). Revisionsbedingt liegen Länderergebnisse zum Kapitalstock erst zum Berechnungsstand August 2015 vor.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: November 2014.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Kettenindex (2010 = 100)

...	...	...	.	.	...	.	...	1991
...	...	...	.	.	...	.	...	1992
...	...	...	.	.	...	.	...	1993
...	...	...	.	.	...	.	...	1994
...	...	...	...	...	...	...	...	1995
...	...	...	...	...	...	...	...	1996
...	...	...	...	...	...	...	...	1997
...	...	...	...	...	...	...	...	1998
...	...	...	...	...	...	...	...	1999
...	...	...	...	...	...	...	...	2000
...	...	...	...	...	...	...	...	2001
...	...	...	...	...	...	...	...	2002
...	...	...	...	...	...	...	...	2003
...	...	...	...	...	...	...	...	2004
...	...	...	...	...	...	...	...	2005
...	...	...	...	...	...	...	...	2006
...	...	...	...	...	...	...	...	2007
...	...	...	...	...	...	...	...	2008
...	...	...	...	...	...	...	...	2009
...	...	...	...	...	...	...	...	2010
...	...	...	...	...	...	...	...	2011
...	...	...	...	...	...	...	...	2012

8. Bruttoanlageinvestitionen – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Bruttoanlageinvestitionen in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)									
1991	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1992	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1993	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1994	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1995	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1996	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1997	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1998	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1999	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2000	66 057	87 689	17 830	16 835	4 056	12 839	35 962	10 395	43 442
2001	70 493	86 711	16 513	14 274	3 932	15 007	38 127	9 046	41 857
2002	67 598	83 613	14 141	12 737	4 011	16 441	34 973	7 899	39 518
2003	64 487	86 187	12 467	11 387	3 219	15 777	34 279	7 656	41 626
2004	67 308	84 857	13 537	11 600	3 826	19 076	34 985	7 699	38 032
2005	65 191	82 106	15 430	11 391	3 576	20 264	38 292	8 228	35 688
2006	72 653	98 991	15 625	12 007	3 923	21 199	38 270	8 663	38 213
2007	77 718	101 305	16 983	11 809	4 128	24 381	42 075	7 770	41 342
2008	81 188	102 621	17 144	12 446	4 230	25 965	46 333	8 153	40 848
2009	73 001	91 352	18 263	11 367	3 614	19 502	37 431	7 020	42 759
2010	75 770	97 502	19 437	11 833	3 942	23 170	40 722	7 778	43 635
2011	83 559	111 879	19 018	12 020	4 026	19 925	46 901	8 651	49 934
2012	89 937	113 590	21 188	13 375	5 345	19 577	42 497	8 617	51 263

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: November 2014.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Bruttoanlageinvestitionen in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)

...	...	...	...	...	...	...	...	1991
...	...	...	...	...	...	...	...	1992
...	...	...	...	...	...	...	...	1993
...	...	...	...	...	...	...	...	1994
...	...	...	...	...	...	...	...	1995
...	...	...	...	...	...	...	...	1996
...	...	...	...	...	...	...	...	1997
...	...	...	...	...	...	...	...	1998
...	...	...	...	...	...	...	...	1999
93 103	22 628	5 984	27 044	14 452	14 721	13 616	486 653	2000
92 078	20 832	4 874	21 625	11 267	13 658	13 041	473 334	2001
84 463	21 193	4 967	18 912	10 418	12 025	10 985	443 895	2002
80 361	19 059	4 994	19 078	10 034	12 016	11 213	433 842	2003
79 733	18 994	4 375	20 007	10 315	11 722	9 766	435 830	2004
85 132	18 725	4 379	18 284	9 519	11 746	10 017	437 970	2005
85 003	20 073	4 869	18 794	9 197	13 686	10 578	471 746	2006
91 322	22 235	5 309	22 353	9 968	14 320	11 425	504 443	2007
93 211	22 303	5 302	20 952	10 130	14 748	12 511	518 084	2008
87 179	21 783	4 269	19 074	10 488	13 182	9 879	470 163	2009
89 448	22 245	5 422	21 569	10 509	15 458	9 581	498 023	2010
97 656	24 473	5 451	23 350	9 614	17 252	10 563	544 271	2011
94 756	24 470	5 349	22 875	10 951	16 737	10 711	551 239	2012

9. Verfügbares Einkommen*) seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Verfügbares Einkommen*) in Mill. EUR									
1991	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1992	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1993	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1994	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1995	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1996	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1997	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1998	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1999	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2000	178 696	212 115	50 360	34 548	10 658	30 345	100 028	22 136	119 498
2001	188 875	223 886	51 386	35 883	11 161	32 197	105 487	22 927	124 822
2002	190 249	224 953	51 514	36 328	10 972	32 270	105 993	23 171	124 556
2003	196 286	232 004	52 240	37 114	11 060	33 581	108 322	23 652	127 936
2004	199 401	236 169	52 726	37 740	10 969	34 551	109 717	24 062	129 320
2005	204 783	241 523	53 283	38 565	11 656	36 488	111 065	24 254	132 598
2006	210 992	247 871	54 513	39 326	11 871	37 255	114 249	24 664	135 505
2007	214 875	254 364	55 263	39 969	12 219	37 658	115 794	24 823	137 337
2008	219 498	260 668	56 628	40 956	12 848	37 520	117 193	25 392	140 135
2009	213 385	254 287	57 225	41 749	12 351	36 582	116 855	25 741	140 715
2010	220 301	264 442	58 333	41 884	12 350	37 726	120 795	25 883	143 476
2011	230 828	276 757	60 056	43 000	12 793	39 151	125 339	26 458	149 287
2012	235 601	283 264	61 178	43 455	13 056	39 832	127 466	26 983	151 727
2013	240 482	286 957	62 734	44 551	13 260	40 195	129 468	27 417	154 995

*) der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck (Ausgabenkonzept).

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: November 2014.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Verfügbares Einkommen*) in Mill. EUR

...	...	...	...	...	...	...	...	1991
...	...	...	...	...	...	...	...	1992
...	...	...	...	...	...	...	...	1993
...	...	...	...	...	...	...	...	1994
...	...	...	...	...	...	...	...	1995
...	...	...	...	...	...	...	...	1996
...	...	...	...	...	...	...	...	1997
...	...	...	...	...	...	...	...	1998
...	...	...	...	...	...	...	...	1999
291 655	64 116	15 664	58 526	33 043	44 406	31 478	1 297 275	2000
302 634	67 355	16 553	60 499	33 847	46 294	32 618	1 356 424	2001
304 216	68 047	16 506	61 329	33 934	46 640	32 845	1 363 523	2002
312 883	70 368	16 970	62 676	34 439	48 371	33 445	1 401 348	2003
318 561	71 747	17 416	63 634	34 657	49 097	33 842	1 423 606	2004
321 658	73 345	17 621	63 527	34 807	50 542	33 823	1 449 538	2005
325 673	75 335	17 563	65 002	35 321	51 080	34 621	1 480 842	2006
328 533	77 004	17 692	66 040	35 528	52 265	35 083	1 504 448	2007
338 819	77 715	17 918	67 040	36 340	53 407	35 540	1 537 615	2008
329 763	79 258	17 860	67 722	36 875	53 815	35 727	1 519 913	2009
341 075	79 069	18 356	68 758	37 210	54 685	36 011	1 560 353	2010
353 659	81 956	18 898	70 452	38 034	56 372	37 047	1 620 088	2011
361 526	83 149	19 158	71 362	38 526	58 047	37 572	1 651 901	2012
367 109	85 380	19 479	72 745	39 098	59 203	38 206	1 681 281	2013

10. Verfügbares Einkommen*) je Einwohner seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Verfügbares Einkommen*) je Einwohner in EUR									
1991	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1992	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1993	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1994	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1995	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1996	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1997	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1998	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1999	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2000	17 031	17 404	14 881	13 285	16 113	17 743	16 511	12 415	15 105
2001	17 885	18 231	15 180	13 820	16 902	18 709	17 370	12 969	15 722
2002	17 896	18 203	15 195	14 046	16 620	18 681	17 419	13 225	15 629
2003	18 382	18 714	15 403	14 407	16 689	19 381	17 785	13 610	16 018
2004	18 627	19 001	15 565	14 689	16 548	19 900	18 018	13 943	16 170
2005	19 088	19 391	15 709	15 050	17 577	20 977	18 224	14 160	16 575
2006	19 649	19 864	16 034	15 405	17 871	21 306	18 794	14 506	16 961
2007	19 995	20 342	16 218	15 726	18 421	21 376	19 069	14 717	17 211
2008	20 415	20 819	16 535	16 192	19 407	21 179	19 307	15 184	17 602
2009	19 855	20 337	16 661	16 592	18 688	20 574	19 276	15 537	17 725
2010	20 496	21 117	16 923	16 703	18 700	21 194	19 919	15 722	18 103
2011	21 434	22 029	17 260	17 208	19 377	21 844	20 623	16 155	18 854
2012	21 787	22 426	17 376	17 430	19 737	22 054	20 886	16 546	19 165
2013	22 125	22 586	17 594	17 889	19 972	22 034	21 132	16 874	19 566

*) der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck (Ausgabenkonzept).

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: November 2014.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Verfügbares Einkommen*) je Einwohner in EUR

...	...	...	...	...	...	...	...	1991
...	...	...	...	...	...	...	...	1992
...	...	...	...	...	...	...	...	1993
...	...	...	...	...	...	...	...	1994
...	...	...	...	...	...	...	...	1995
...	...	...	...	...	...	...	...	1996
...	...	...	...	...	...	...	...	1997
...	...	...	...	...	...	...	...	1998
...	...	...	...	...	...	...	...	1999
16 203	15 908	14 644	13 173	12 550	15 960	12 899	15 784	2000
16 788	16 667	15 510	13 735	13 026	16 558	13 473	16 473	2001
16 842	16 795	15 493	14 048	13 231	16 597	13 675	16 531	2002
17 310	17 346	15 963	14 461	13 583	17 160	14 038	16 982	2003
17 627	17 676	16 448	14 772	13 809	17 373	14 313	17 256	2004
17 808	18 068	16 734	14 829	14 021	17 859	14 423	17 578	2005
18 052	18 581	16 779	15 253	14 383	18 033	14 904	17 979	2006
18 240	19 016	17 012	15 596	14 635	18 434	15 253	18 288	2007
18 857	19 244	17 335	15 942	15 158	18 833	15 602	18 724	2008
18 427	19 720	17 407	16 208	15 573	19 006	15 826	18 564	2009
19 104	19 730	17 996	16 545	15 869	19 309	16 065	19 085	2010
19 824	20 488	18 618	17 015	16 370	19 880	16 633	19 811	2011
20 263	20 796	18 945	17 273	16 726	20 443	16 965	20 165	2012
20 571	21 352	19 337	17 630	17 103	20 817	17 340	20 478	2013

11. Private Konsumausgaben – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Private Konsumausgaben in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)									
1991	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1992	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1993	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1994	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1995	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1996	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1997	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1998	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1999	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2000	164 655	195 020	47 297	32 218	10 169	28 205	92 246	20 887	112 381
2001	171 759	203 539	47 901	33 176	10 518	29 511	95 973	21 477	115 956
2002	172 529	204 217	48 059	33 735	10 390	29 527	96 343	21 739	115 639
2003	176 712	208 837	48 439	34 310	10 301	30 545	97 813	22 042	117 705
2004	179 869	213 243	48 977	34 775	10 297	31 613	99 317	22 403	119 032
2005	184 828	218 344	49 624	35 547	11 024	33 553	100 697	22 689	122 683
2006	191 526	225 227	50 968	36 320	11 288	34 329	103 869	23 144	126 328
2007	194 577	230 646	51 728	36 882	11 595	34 686	105 194	23 347	128 088
2008	198 706	236 313	53 141	37 548	12 207	34 425	106 823	23 834	131 009
2009	194 745	232 566	54 202	38 475	11 808	33 778	107 136	24 262	132 233
2010	201 113	241 674	55 309	38 561	11 747	34 787	110 835	24 437	134 828
2011	211 311	253 759	57 075	39 831	12 273	36 399	115 247	25 110	140 647
2012	215 846	260 002	58 459	40 404	12 584	37 286	117 289	25 727	143 250
2013	220 609	263 924	60 072	41 647	12 812	37 790	119 594	26 310	146 583

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: November 2014.

Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
-------------------------	---------------------	----------	---------	--------------------	------------------------	-----------	-------------	------

Private Konsumausgaben in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)

...	...	...	...	...	...	...	...	1991
...	...	...	...	...	...	...	...	1992
...	...	...	...	...	...	...	...	1993
...	...	...	...	...	...	...	...	1994
...	...	...	...	...	...	...	...	1995
...	...	...	...	...	...	...	...	1996
...	...	...	...	...	...	...	...	1997
...	...	...	...	...	...	...	...	1998
...	...	...	...	...	...	...	...	1999
272 707	59 699	14 914	55 228	31 222	41 156	29 600	1 207 604	2000
279 537	61 964	15 528	56 623	31 698	42 556	30 413	1 248 129	2001
280 664	62 619	15 471	57 631	31 907	42 826	30 715	1 254 009	2002
286 208	63 984	15 794	58 462	32 122	44 117	31 198	1 278 590	2003
292 271	65 398	16 231	59 265	32 352	44 879	31 518	1 301 440	2004
295 202	67 141	16 434	59 320	32 506	46 314	31 541	1 327 446	2005
300 627	69 117	16 487	60 771	33 113	46 945	32 385	1 362 444	2006
303 502	70 667	16 642	61 783	33 284	48 194	32 762	1 383 577	2007
313 084	71 253	16 791	62 571	34 018	49 134	33 026	1 413 882	2008
307 417	73 218	16 817	63 733	34 697	49 851	33 492	1 408 427	2009
318 014	72 891	17 270	64 732	35 014	50 755	33 740	1 445 708	2010
331 476	75 804	17 846	66 760	35 967	52 477	34 822	1 506 803	2011
339 368	77 172	18 158	67 800	36 611	54 136	35 386	1 539 477	2012
346 167	79 396	18 526	69 224	37 185	55 485	36 186	1 571 511	2013

12. Private Konsumausgaben – in jeweiligen Preisen – je Einwohner seit 1991

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Private Konsumausgaben je Einwohner in EUR (in jeweiligen Preisen)									
1991	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1992	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1993	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1994	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1995	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1996	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1997	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1998	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1999	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2000	15 692	16 002	13 976	12 389	15 374	16 491	15 226	11 714	14 205
2001	16 264	16 574	14 150	12 777	15 928	17 148	15 804	12 149	14 605
2002	16 229	16 525	14 175	13 043	15 739	17 093	15 833	12 408	14 510
2003	16 549	16 845	14 282	13 319	15 544	17 629	16 060	12 684	14 737
2004	16 802	17 157	14 458	13 535	15 535	18 208	16 310	12 982	14 883
2005	17 228	17 530	14 631	13 872	16 623	19 290	16 523	13 246	15 336
2006	17 836	18 049	14 991	14 228	16 992	19 633	17 086	13 612	15 813
2007	18 106	18 445	15 180	14 511	17 479	19 689	17 323	13 842	16 052
2008	18 481	18 874	15 517	14 845	18 438	19 433	17 599	14 252	16 456
2009	18 121	18 600	15 781	15 291	17 865	18 996	17 672	14 644	16 657
2010	18 711	19 299	16 046	15 378	17 787	19 543	18 277	14 844	17 012
2011	19 622	20 198	16 403	15 939	18 589	20 308	18 963	15 331	17 762
2012	19 960	20 585	16 604	16 207	19 023	20 644	19 219	15 775	18 095
2013	20 296	20 773	16 847	16 723	19 296	20 716	19 520	16 192	18 504

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: November 2014.

nach Bundesländern

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Private Konsumausgaben je Einwohner in EUR (in jeweiligen Preisen)

...	...	...	...	...	...	...	...	1991
...	...	...	...	...	...	...	...	1992
...	...	...	...	...	...	...	...	1993
...	...	...	...	...	...	...	...	1994
...	...	...	...	...	...	...	...	1995
...	...	...	...	...	...	...	...	1996
...	...	...	...	...	...	...	...	1997
...	...	...	...	...	...	...	...	1998
...	...	...	...	...	...	...	...	1999
15 150	14 812	13 942	12 431	11 858	14 792	12 130	14 693	2000
15 507	15 333	14 550	12 855	12 199	15 221	12 562	15 158	2001
15 538	15 456	14 521	13 201	12 440	15 240	12 788	15 203	2002
15 834	15 772	14 857	13 489	12 669	15 651	13 095	15 494	2003
16 172	16 112	15 328	13 757	12 890	15 881	13 330	15 775	2004
16 343	16 540	15 607	13 847	13 094	16 365	13 450	16 097	2005
16 663	17 047	15 751	14 260	13 484	16 573	13 942	16 541	2006
16 850	17 451	16 003	14 591	13 710	16 998	14 243	16 819	2007
17 425	17 644	16 245	14 879	14 189	17 326	14 498	17 217	2008
17 178	18 218	16 391	15 253	14 653	17 606	14 836	17 202	2009
17 812	18 189	16 932	15 576	14 932	17 921	15 052	17 683	2010
18 581	18 950	17 581	16 124	15 480	18 507	15 634	18 425	2011
19 021	19 301	17 956	16 411	15 894	19 066	15 978	18 793	2012
19 398	19 856	18 391	16 777	16 266	19 510	16 423	19 141	2013

13. Sparen*) der privaten Haushalte seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Sparen*) der privaten Haushalte in Mill. EUR									
1991	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1992	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1993	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1994	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1995	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1996	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1997	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1998	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1999	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2000	18 398	22 155	4 034	2 522	764	2 851	10 298	1 381	10 401
2001	20 670	24 479	4 273	2 865	865	3 265	11 557	1 557	11 537
2002	21 218	24 804	4 229	2 749	799	3 312	11 653	1 536	11 540
2003	23 144	27 312	4 589	2 963	980	3 615	12 546	1 718	12 901
2004	22 899	26 835	4 814	3 218	880	3 484	12 315	1 829	12 804
2005	23 779	27 618	4 868	3 305	869	3 555	12 541	1 757	12 767
2006	24 327	28 292	5 084	3 378	884	3 718	13 132	1 768	12 793
2007	25 597	29 884	5 215	3 500	952	3 841	13 595	1 750	13 184
2008	26 856	31 417	5 419	3 886	1 015	4 094	13 793	1 874	13 616
2009	25 116	29 256	5 093	3 807	942	3 876	13 372	1 831	13 265
2010	25 710	30 367	5 116	3 888	1 004	4 019	13 640	1 817	13 458
2011	26 209	30 805	5 143	3 770	931	3 866	13 868	1 743	13 560
2012	26 607	31 265	4 950	3 683	892	3 691	14 044	1 670	13 494
2013	26 766	31 091	4 923	3 530	870	3 561	13 759	1 516	13 436

*) Das Sparen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) berechnet sich aus dem nicht konsumierten Teil des Verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: November 2014.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Sparen*) der privaten Haushalte in Mill. EUR

...	...	...	...	...	...	...	...	1991
...	...	...	...	...	...	...	...	1992
...	...	...	...	...	...	...	...	1993
...	...	...	...	...	...	...	...	1994
...	...	...	...	...	...	...	...	1995
...	...	...	...	...	...	...	...	1996
...	...	...	...	...	...	...	...	1997
...	...	...	...	...	...	...	...	1998
...	...	...	...	...	...	...	...	1999
26 421	6 090	1 195	3 625	2 015	4 405	2 058	118 611	2000
29 163	6 751	1 383	4 142	2 306	4 680	2 351	131 844	2001
29 496	6 761	1 386	3 961	2 181	4 739	2 275	132 639	2002
32 718	7 740	1 532	4 482	2 474	5 196	2 394	146 306	2003
31 973	7 625	1 518	4 795	2 552	5 107	2 557	145 204	2004
32 894	7 651	1 562	4 685	2 579	5 237	2 544	148 211	2005
33 212	8 053	1 550	4 851	2 566	5 416	2 575	151 599	2006
33 913	8 333	1 563	4 945	2 640	5 469	2 696	157 077	2007
35 870	8 740	1 710	5 264	2 775	5 872	2 944	165 143	2008
33 129	8 462	1 661	4 874	2 680	5 671	2 714	155 748	2009
33 895	8 610	1 705	4 962	2 725	5 649	2 776	159 339	2010
33 268	8 638	1 683	4 688	2 626	5 656	2 761	159 214	2011
33 463	8 511	1 641	4 610	2 499	5 710	2 747	159 477	2012
32 259	8 520	1 592	4 559	2 488	5 521	2 575	156 966	2013

14. Sparquote*) der privaten Haushalte seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Sparquote*) der privaten Haushalte in %									
1991	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1992	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1993	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1994	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1995	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1996	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1997	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1998	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1999	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2000	10,1	10,2	7,9	7,3	7,0	9,2	10,0	6,2	8,5
2001	10,7	10,7	8,2	7,9	7,6	10,0	10,7	6,8	9,0
2002	11,0	10,8	8,1	7,5	7,1	10,1	10,8	6,6	9,1
2003	11,6	11,6	8,7	8,0	8,7	10,6	11,4	7,2	9,9
2004	11,3	11,2	9,0	8,5	7,9	9,9	11,0	7,5	9,7
2005	11,4	11,2	8,9	8,5	7,3	9,6	11,1	7,2	9,4
2006	11,3	11,2	9,1	8,5	7,3	9,8	11,2	7,1	9,2
2007	11,6	11,5	9,2	8,7	7,6	10,0	11,4	7,0	9,3
2008	11,9	11,7	9,3	9,4	7,7	10,6	11,4	7,3	9,4
2009	11,4	11,2	8,6	9,0	7,4	10,3	11,1	7,0	9,1
2010	11,3	11,2	8,5	9,2	7,9	10,4	11,0	6,9	9,1
2011	11,0	10,8	8,3	8,6	7,0	9,6	10,7	6,5	8,8
2012	11,0	10,7	7,8	8,4	6,6	9,0	10,7	6,1	8,6
2013	10,8	10,5	7,6	7,8	6,4	8,6	10,3	5,4	8,4

*) Die Relation aus dem Sparen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) und dem Verfügbaren Einkommen (letzteres erhöht um die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche) wird als Sparquote der privaten Haushalte bezeichnet.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: November 2014.

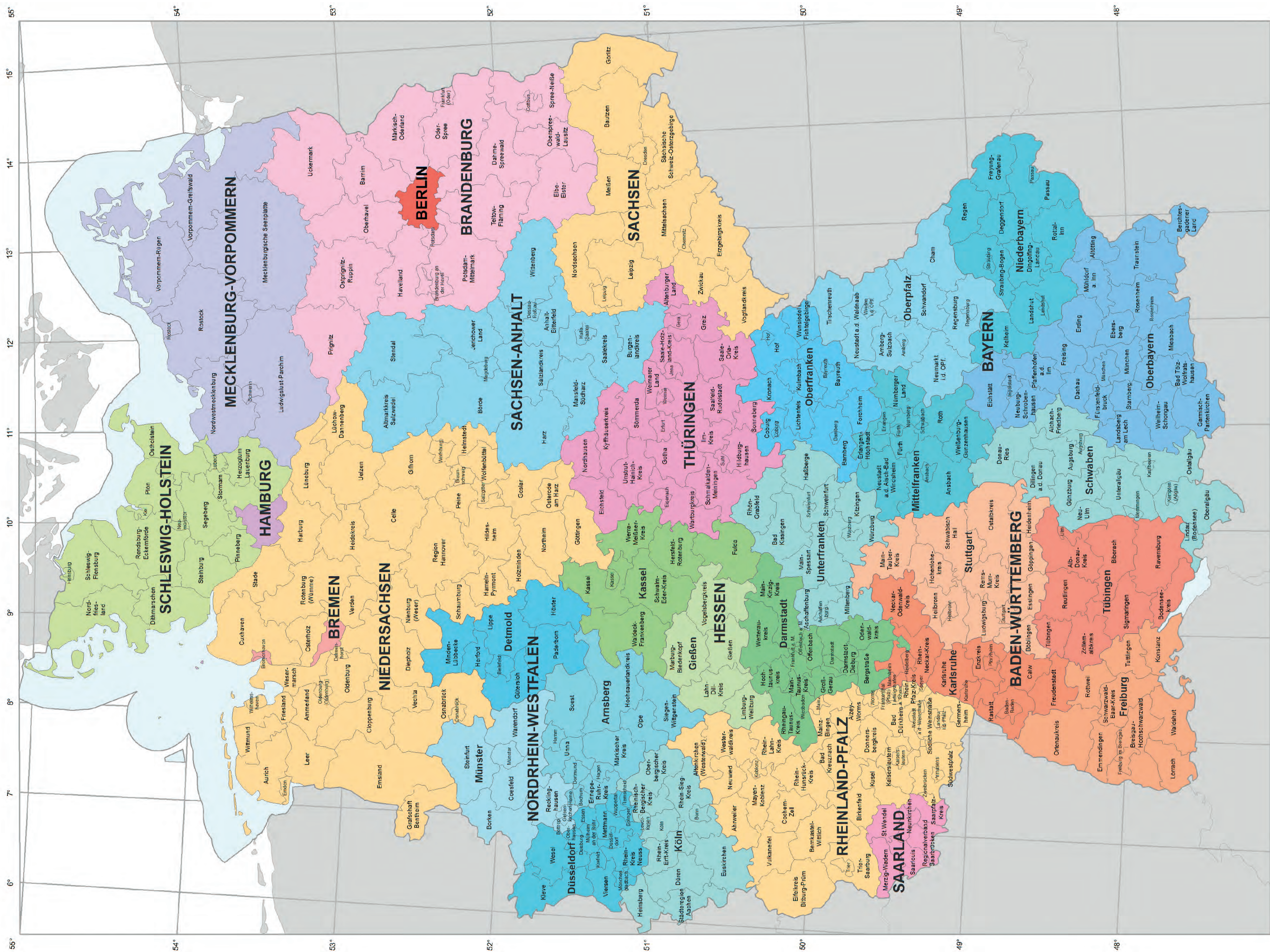
Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Sparquote*) der privaten Haushalte in %

...	...	...	...	...	...	...	...	1991
...	...	...	...	...	...	...	...	1992
...	...	...	...	...	...	...	...	1993
...	...	...	...	...	...	...	...	1994
...	...	...	...	...	...	...	...	1995
...	...	...	...	...	...	...	...	1996
...	...	...	...	...	...	...	...	1997
...	...	...	...	...	...	...	...	1998
...	...	...	...	...	...	...	...	1999
8,8	9,3	7,4	6,2	6,1	9,7	6,5	8,9	2000
9,4	9,8	8,2	6,8	6,8	9,9	7,2	9,6	2001
9,5	9,7	8,2	6,4	6,4	10,0	6,9	9,6	2002
10,3	10,8	8,8	7,1	7,2	10,5	7,1	10,3	2003
9,9	10,4	8,6	7,5	7,3	10,2	7,5	10,0	2004
10,0	10,2	8,7	7,3	7,4	10,2	7,5	10,0	2005
9,9	10,4	8,6	7,4	7,2	10,3	7,4	10,0	2006
10,1	10,5	8,6	7,4	7,3	10,2	7,6	10,2	2007
10,3	10,9	9,2	7,8	7,5	10,7	8,2	10,5	2008
9,7	10,4	9,0	7,1	7,2	10,2	7,5	10,0	2009
9,6	10,6	9,0	7,1	7,2	10,0	7,6	9,9	2010
9,1	10,2	8,6	6,6	6,8	9,7	7,3	9,6	2011
9,0	9,9	8,3	6,4	6,4	9,5	7,2	9,4	2012
8,5	9,7	7,9	6,2	6,3	9,0	6,6	9,1	2013

Verwaltungskarte Deutschland

Bundesländer, Regierungsbezirke, Kreise



Ausgabe 2015

letzte Änderung: 01.01.2014

Lambert winkeltreue Kegelabbildung
Ellipsoid WGS84, Datum WGS84

© Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, Frankfurt am Main (2014)
Veröffentlichung, Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, ist ohne schriftliche Genehmigung.



Maßstab



1 : 2 500 000



